



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
16. Wahlperiode

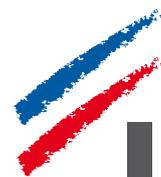
Drucksache **16/1510**
11.07.2007

B e r i c h t

der Investitionsbank 2006



Geschäftsbericht 2006



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

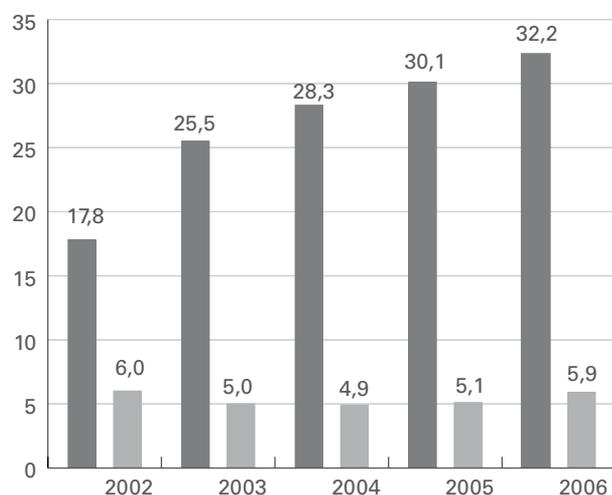
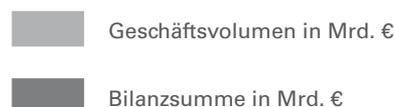
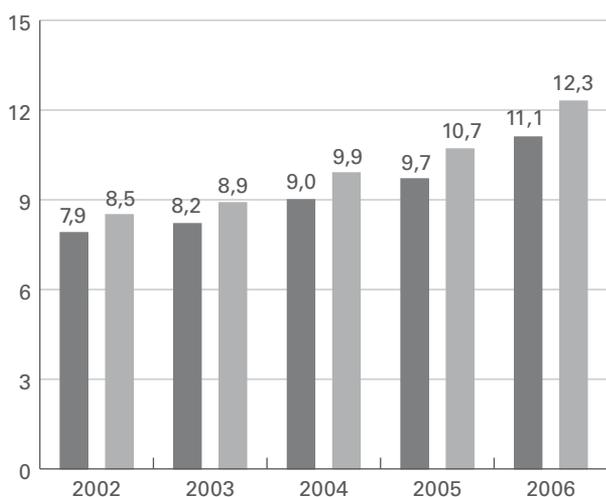
Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein.

Aufgaben

Wir unterstützen öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein. Wir fördern Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen mit zinsgünstigen Darlehen, fachkundiger Beratung und weiteren Dienstleistungen. Unsere Aktivitäten gliedern wir in die Bereiche Wirtschaft, Immobilien, Kommunen und Spezialleistungen.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.



Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Vorwort des Vorstands | 2 |
| Bericht der Gewährträgersammlung | 4 |
| Bericht des Verwaltungsrates | 5 |
| Highlights 2006 | 6 |
| Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter | 10 |
| Unser Leistungsspektrum | 14 |
| Wirtschaft | 16 |
| Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft | 24 |
| Immobilien | 26 |
| Kommunen | 34 |
| Bundesförderung | 42 |
| INTERREG | 45 |
| Kulturengagement | 48 |
| Lagebericht | 52 |
| Bilanz | 74 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 76 |
| Anhang | 77 |
| Organe | 83 |
| Bestätigungsvermerk | 85 |

Illustration mit Werken von Brigitta Borchert und Tobias Duwe

Unseren Geschäftsbericht illustrieren Werke, die im Rahmen eines IB-Kunstprojekts entstanden sind. Mit diesem IB-Kunstprojekt der Künstler Brigitta Borchert und Tobias Duwe haben wir in 2006 ein besonderes Vorhaben realisieren können, das die Künstler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kunden und Partner gleichermaßen begeisterte. Die Idee, einen Bilderzyklus „Die IB im Bild“ zu gestalten, setzten die beiden renommierten Vertreter der Norddeutschen Realisten in insgesamt

54 Bildern um. Es entstanden künstlerische Eindrücke von der IB bei typischen Projekten, besonderen Anlässen und einer umfangreichen Umbaumaßnahme. Die Motive reichen von der Biogasanlage über den Kantinenbesuch der Mitarbeiter bis hin zum Konzert bei JazzBaltica. Der Erfolg hat uns dazu veranlasst, eine Auswahl der Ergebnisse in dem Ihnen vorliegenden Geschäftsbericht noch einmal herauszustellen.

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

mit einem erneuten Förderrekord haben wir im Jahr 2006 unsere bestehende Bestmarke aus dem Jahr zuvor nochmals übertroffen. Durch die steigende Investitionsbereitschaft des Mittelstandes und den deutlichen Anstieg im Kommunalkreditgeschäft konnte die Investitionsbank Schleswig-Holstein ein Neugeschäftsvolumen von 1,7 Mrd. € erzielen. Damit erweist sich die IB als verlässlicher Partner bei der Förderung von öffentlichen und privaten Investitionsvorhaben einhergehend mit der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein. Während der Ergebnisbeitrag der Marktbereiche sich entsprechend dem Neugeschäftsvolumen noch positiv entwickelte, ging das Fristentransformationsergebnis marktbedingt zurück. Die Ursache für Letzteres liegt in der globalen Zinsentwicklung, der auch wir uns nicht entziehen konnten. Dennoch konnten wir das Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten gegenüber dem Vorjahr steigern.

Die Sparte Wirtschaft erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 141,8 Mio. €. Wesentlicher Träger mit rd. 30 Prozent des Neugeschäfts waren geförderte Investitionen im Bereich regenerativer Energien. Dabei sorgen vor allem Biogasanlagen für eine regelrechte Investitionswelle im ländlichen Raum. Kernstück der nachgefragten Produkte im Bereich Wirtschaft war das „Kooperationsdarlehen“. Dabei teilen sich die jeweilige Hausbank und die IB das Risiko bei der Kreditierung von Finanzierungsvorhaben. Ungebrochen ist der Bedarf an kostenloser Beratung durch die IB.Förderlotsen und IB.GründerinnenBeratung. Zusätzlich hat das Euro Info Centre 600 Unternehmen über EU-Förderprogramme und Finanzierungsleistungen beraten.

In der allgemeinen Wohnraumförderung ging das Mengengeschäft mit Bau, Kauf oder Sanierung von privatem Wohneigentum zurück. Hier spiegeln sich massive Veränderungen der Marktsituation wider: Der Wegfall der Eigenheimzulage hatte starken Einfluss auf den Geschäftsverlauf. Die Förderprogramme der KfW für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen wurden dagegen hervorragend nachgefragt. In der allgemeinen Wohnraumförderung wurden mit Produkten der IB 2.500 Kunden beim Bau, Kauf oder der Modernisierung von Wohneigentum unterstützt. Bei der sozialen Wohnraumförderung wurden Landesmittel in Höhe von insgesamt ca. 50 Mio. € vergeben und dabei rd. 2.100 Wohneinheiten gefördert.

Das Dienstleistungsangebot für die Wohnungswirtschaft haben wir deutlich ausgebaut. So bieten wir mit unserem Produkt IB.ImmoCheck eine differenzierte Planungsgrundlage für Investoren. Die Städtebauförderung bewilligte Fördermittel des Bundes und Landes in Höhe von 19,8 Mio. €. Damit werden die Weiterentwicklung und wirtschaftliche Stabilisierung von Innenstädten und Ortsteilzentren unterstützt.

Die Sparte Kommunen erzielte ein Neugeschäft von 862,7 Mio. €. Die Zuwächse resultierten besonders aus dem Kommunalkreditgeschäft. Dies entfiel vor allem auf kleine Kommunen mit geringeren Kreditbeträgen. Das Interesse der Kommunen an der Einbindung privater Partner im Rahmen ganzheitlicher Betreibermodelle hat sich sehr dynamisch entwickelt. Für diesen Bedarf steht das ÖPP-Kompetenzzentrum der IB mit fachkundigen Ansprechpartnern zur Verfügung. Das Leistungsangebot der Energieagentur steht für aktiven Klimaschutz, z.B. wurde für 150 kommunale Gebäude ein Energiemanagement eingeführt.

Der Bereich Bundesförderung konnte sein Neugeschäft deutlich steigern. Dies ist insbesondere auf die stärkere Nachfrage der Sparkassen nach KfW-Programmen im privaten Wohnungsbau zurückzuführen. Daneben wurden erstmalig Globaldarlehen an Kreditinstitute vergeben.



(v. l.) Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)
und Dr. Klaus Rave

Für das entgegengebrachte Vertrauen unserer Kunden und die konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnern wollen wir uns an dieser Stelle bedanken. Das Fundament zur Erreichung der Unternehmensziele ist das Engagement unserer Mitarbeiter – ihnen gilt ebenfalls unser Dank. Die IB beschäftigte (zum 31.12.2006) 410 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon fast ein Viertel Teilzeitkräfte.

Für das Jahr 2007 sehen wir eine weiterhin hohe Investitionsbereitschaft, getragen von positiven Konjunkturaussichten. Wir erwarten daher gegenüber 2006 steigende Volumina in allen Bereichen. Im Bereich Immobilien basiert dieser Optimismus auf dem weiterhin hohen Bedarf an Finanzmitteln für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen. Außerdem wurden

die Förderbedingungen in der sozialen Wohnraumförderung deutlich verbessert und auch Gebrauchtimmobilien in die Förderung aufgenommen. Durch das wachsende Interesse an ÖPP-Konzepten gehen wir auch hier von einer steigenden Nachfrage aus. Mit der Neukonzeption der Arbeitsmarktförderung in Schleswig-Holstein verantwortet die IB ab 2007 die Abwicklung der Förderung aus dem „Zukunftsprogramm Arbeit (ZP Arbeit)“. Wir freuen uns über diesen Ausbau unserer Kompetenz.

Trotz steigender Volumina in den Markt Bereichen wird ein strenges Kostenmanagement erforderlich sein, um an das gute Gesamtergebnis von 2006 heranzureichen. Dafür sehen wir uns in allen Bereichen der Bank gut aufgestellt. Als zentrales Förderinstitut des Landes werden wir auch in Zukunft die Entwicklung Schleswig-Holsteins maßgeblich unterstützen.

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Klaus Rave

Bericht der Gewährträgersammlung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holsteins.

Die Gewährträgersammlung trat 2006 zweimal zusammen.

Am 5. Juni 2007 billigte die Gewährträgersammlung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2006 nebst Lagebericht. In der gleichen Sitzung erteilte die Gewährträgersammlung dem Vorstand und dem Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2006 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands und des Verwaltungsrats über die Verwendung des Gewinns.

Kiel, 5. Juni 2007

Die Gewährträgersammlung der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Rainer Wiegard
(Vorsitzender)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holsteins.

Der Verwaltungsrat trat 2006 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 5. Juni 2007 beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Gewährträgersammlung zur Feststellung empfohlen.

Dem Vorschlag des Vorstands an die Gewährträgersammlung über die Verwendung des Gewinns stimmte der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2006 geleistete Arbeit.

Kiel, 5. Juni 2007

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Arne Wulff
(Vorsitzender)



Ausschnitt aus „Personalversammlung“ von Brigitta Borchert, 80 x 60 cm



Highlights

Bei der IB ist kein Tag wie der andere. Manchen Terminen sahen wir jedoch mit besonderen Erwartungen entgegen: die Highlights 2006.

Highlights 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Frühjahr

Baumessen

Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer und Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.

Frühjahr und Herbst Infoabende für Geschäftspartner

Unsere Partner aus Banken, Bausparkassen und Finanzierungsberatungen verbringen einen informativen Abend – einmal außerhalb der Geschäftsräume und ohne Laptop, Taschenrechner und Kreditkonditionen.

10. Januar

Im Internet barrierefrei



Präsentation des neuen, barrierefreien Internetauftritts

12. Januar und
28. November

Community Treff der Windenergiebranche

In Husum trifft sich die Windenergiebranche auf Einladung der windcomm Schleswig-Holstein, der CEwind und der IB. Gespräche, Kontakte und

Netzwerke stehen bei den jeweils rund 120 Gästen im Mittelpunkt des Abends.

23./24. März

FinNetSME – die IB ist Gastgeber für Europa



Die IB lädt ein zur hochkarätig besetzten INTERREG-Konferenz mit 150 Teilnehmern und Gästen aus neun europäischen Ländern. Das Netzwerk FinNetSME besteht aus 20 Partnern verschiedener europäischer Regionen, die mit der finanziellen Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beauftragt sind.

23. bis 26. März

New Energy

Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum sind wir mit einem Infostand vertreten und leiten einen Finanzierungsworkshop im Rahmen des Kongressprogramms.

29. März

Bilanz- Pressekonferenz

Neue Bestmarke: Auf der Bilanzpressekonferenz der IB präsentiert der Vorstand erneut ein Rekordergebnis, das

sogar noch über der historischen Bestmarke aus dem Vorjahr liegt.

20. April

6. Flensburger Windenergieforum



Unter der Schirmherrschaft von Wirtschaftsminister Dietrich Austermann laden CEwind und IB zur Jahrestagung. Im Mittelpunkt der Veranstaltung mit über 120 Teilnehmern steht der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

27. April

JUNIOR



Zusammen mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft veranstalten wir den Landeswettbewerb „Bestes JUNIOR-Unternehmen an schleswig-holsteinischen Schulen“.

22. Juni

„Expansion“

Erstmals präsentieren wir unsere Dienstleistungen und

Produkte auf der Messe für Gewerbeimmobilien in Hamburg.

28. Juni bis 2. Juli Kultursponsoring I: JazzBaltica



Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutsame Jazz-Festival.

7. Juli Verabschiedung Dr. Heinz Engelhaupt

Unser langjähriges Vorstandsmitglied Dr. Heinz Engelhaupt tritt in den Ruhestand.

4. September und 13. November Kultursponsoring II: IB unterstützt Litera- turhaus Schleswig- Holstein



Die Autoren Doris Gercke und Klaus Modick lesen für Geschäftspartner und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB aus ihren aktuellen Büchern.

7. bis 8. September ECO-Forum

Mit Fachvorträgen und einem Infostand stellen wir unsere Dienstleistungen auf dem internationalen Unternehmer-treffen in Rendsburg vor.

7. bis 12. September Nordbau, Neumünster

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands an unserem Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für die eigenen vier Wände.

15. November Presse und Schalentiere

Zahlreiche Medienvertreter und Journalisten erleben den traditionellen Abend ohne Block und Bleistift bei maritimen Köstlichkeiten in der IB.

16. November 7. Forschungsrahmen- programm



Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium informiert unser Euro Info Centre mehr als 220 Fachleute über das wichtigste Instrument der EU zur Förderung von Forschung und technologischer Entwicklung in Europa.

11. Dezember Eröffnung der neuen Besprechungsetage und Bilderausstellung



„Baustelle III mit Schubkarre“ von Tobias Dörwe, Öl auf Leinwand, 50 x 60 cm

Nach monatelangen Umbauarbeiten ist die neue Besprechungsetage fertiggestellt und bietet jetzt viel Raum für Meetings und Konferenzen.

Während des ganzen Jahres Von der Existenz- gründung bis zum Unternehmen

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen unsere Fachleute Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.

Während des ganzen Jahres AfterWorkWorkShops

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nicht nur intensiv in verschiedensten Projekten, sie bilden dazu auch in ihrer Freizeit Netzwerke und lernen voneinander.



Ausschnitt aus „Oben links“ von Tobias Duwe, Öl auf Leinwand, 75 x 60 cm



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Fundament zur Erreichung der Unternehmensziele sind das Engagement und die Qualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die permanente Fortbildung bleibt daher für uns eine Investition in die Zukunft. Mit verschiedenen Maßnahmen schaffen wir geeignete Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstruktur

Am Stichtag 31. Dezember 2006 waren 363,06 (Vj. 354,6) Vollzeitkräfte in unserer Bank beschäftigt. Mit einer Unterschreitung um 3,74 Vollzeitkräfte blieb der Personalzuwachs auch im Jahr 2006 unterhalb der Planansätze. Durch permanente Überprüfung der Arbeitsabläufe gelang es, einen sehr effizienten Personaleinsatz in der IB erfolgreich umzusetzen. Der leichte Anstieg der Personalkapazitäten in 2006 resultiert u.a. aus der Übernahme der neuen Aufgabe IB.KMUdirekt und dem Aufbau des neuen Bereiches Kreditinstitute/Spezialfinanzierungen.

Im Geschäftsjahr 2007 ist auf dieser Basis ein Zuwachs auf 379,32 Vollzeitarbeitskräfte geplant. Bei Übertragung weiterer Aufgaben durch unseren Eigentümer, das Land Schleswig-Holstein, innerhalb des Jahres 2007 gehen wir von einem Anstieg der Personalkapazitäten aus.

19,51 Vollzeitkräfte in 2006 und geplante 20,98 Vollzeitkräfte in 2007 entfallen auf die IB-INTERREG-Programme. In diesem Bereich werden weiterhin alle neu eintretenden Kräfte befristet über die Programmlaufzeit eingestellt. Die Personalkosten in diesem Aufgabenbereich werden von der EU aus dem Budget für „technische Hilfe“ erstattet.

Potenzialförderung

Im Jahr 2006 hat die Bank eine einheitliche Struktur zur Förderung von Potenzialträgern geschaffen. In Zusammenarbeit mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein erhält dieser Personenkreis eine modular aufgebaute Begleitung und Förderung über ein Jahr. Dies bedeutet unter anderem die Teilnahme an einem Assessment-Center und mehreren Workshops sowie die Übernahme von Projektarbeiten in unserer Bank.

Auszubildende

Im Geschäftsjahr 2006 konnten wir wiederum unsere Auszubildenden nach dem Ende ihrer Ausbildungszeit in ein Beschäftigungsverhältnis übernehmen. Im Rahmen einer bedarfsgerechten Ausbildung ersetzen unsere jüngsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit Kolleginnen und Kollegen, die in den Ruhestand verabschiedet wurden.

Im Jahr 2006 erlebten wir eine erhebliche Nachfrage nach unserem Ausbildungsplatzangebot. Über 600 Bewerbungen von jungen ausbildungsinteressierten Menschen erreichen uns jährlich.

Wir bilden zu folgenden Berufszielen aus:

- ▶ Bankkauffrau/-mann
- ▶ Bürokauffrau/-mann
- ▶ Bachelor of Arts
(Dipl. Betriebswirt/Berufsakademie)
- ▶ Bachelor of Science
(Dipl. Wirtschaftsinformatiker/Berufsakademie)

Die Berufsausbildung der IB wird durch Kooperationen mit der HSH Nordbank AG und der Förde Sparkasse unterstützt. Während die IB überdies Arbeitsplätze für Rechtsreferendare zur Verfügung stellt, erhalten Studenten in verschiedenen Bereichen der Bank die Möglichkeit, ein Praktikum zu absolvieren. Schülerinnen und Schüler können im Rahmen eines Wirtschaftspraktikums erste Erfahrungen in einem zukünftigen Beruf sammeln. Darüber hinaus beteiligen wir uns am Aktionstag Girls' Day, dem bundesweiten Mädchen-Zukunftstag.

Internetbasierte Personalsuche

Das Internet nimmt als Forum einen wichtigen Stellenwert ein. Dieses Medium wird immer stärker von Bewerberinnen und Bewerbern genutzt. Wir haben dazu die Anschrift jobs@ib-sh.de hinterlegt.

Aktuelle Jobangebote sind neben Informationen unserer Fachbereiche stets unter www.ib-sh.de zu finden.

Das Allgemeine Gleichbehandlungs-Gesetz (AGG)

Im Jahr 2006 hat der Bundestag das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verabschiedet. Schon während des Gesetzgebungsverfahrens haben wir uns intensiv mit den Auswirkungen auf die Personalarbeit und das Kundengeschäft befasst. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde der Personalbereich zertifiziert und ab Beginn des Jahres 2007 nehmen sämtliche Beschäftigte unserer Bank an einer Online-Schulung teil, die bei bestandener Prüfung ebenfalls zum Zertifikat führt.

Eine vom Gesetz geforderte Beschwerdestelle ist im Bereich Recht unserer Bank angesiedelt, um den Beschäftigten Gelegenheit zu geben, ihre Benachteiligungen im Sinne des Gesetzes zu erörtern und ggf. abzustellen. Sämtliche Verträge oder Publikationen unserer Bank entsprechen den Regeln des Gesetzes.

Qualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen im Jahr 2006 an über 740 Personentagen an diversen Maßnahmen zur fachlichen und persönlichen Weiterbildung teil. Dabei berücksichtigten wir auch den Wunsch nach Seminarangeboten für spezielle berufliche Anforderungsprofile wie z.B. in den Bereichen der Assistenz- oder Vertriebskräfte.

Die permanente Fortbildung bleibt für uns eine Investition in die Zukunft. Wir werden im Jahr 2007 wieder in sämtlichen Bereichen der Bank mit allen Beschäftigten Personalentwicklungstage durchführen. Diese finden regelmäßig alle zwei bis drei Jahre statt. In Gesprächen zwischen Mitarbeiter/-in und Führungskraft werden konkrete Maßnahmen zur Weiterqualifizierung abgestimmt, um fachliche und persönliche Entwicklungspfade aufzuzeigen. Die Stufen der Entwicklung sind in Bereichsentwicklungsplänen festgelegt und dargestellt.

Thema Gesundheit in unserer Bank

Wir lassen uns durch Experten auf dem Feld der Gesundheitsprävention unterstützen. Unsere Betriebsärztin unterhält eine regelmäßige Sprechstunde in unserer Bank – ebenso unser Berater zur Gesundheitsprävention. Jedes Unternehmen ist ein Spiegelbild der Gesellschaft und so kann es auch in unserer Bank Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Suchtproblemen geben. Wir erarbeiten einen Leitfaden zur Prävention, damit im Bedarfsfall vertrauensvoll der Weg in ein gesundes Leben aufgezeigt werden kann.

Über den Arbeitskreis Gesundheit, der sich aus Beschäftigten verschiedener Fachbereiche und unseren Experten zusammensetzt, fördern wir Themen wie z.B. Gripeschutzimpfung oder Gesundheitsseminare.

Familienfreundliche Personalpolitik

Auf Basis einer Umfrage aus dem ersten Quartal 2006 zum Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie konnten wir feststellen, dass wir bereits mit unserem Angebot an Teilzeitmodellen, Heim-Arbeitsplätzen und der Möglichkeit, Kantinen-gerichte für Angehörige mitzunehmen, den Bedürfnissen der Beschäftigten weitgehend nachkommen. Im Jahr 2007 werden wir als Erweiterung der Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Familienservice GmbH über die Kieler Einrichtung „Company Kids“ zukünftig eine Notfall-Unterbringung von Kindern anbieten.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit in einer sich immer wieder verändernden Bank mit stets neuen Herausforderungen. Durch bedarfsgerechte Qualifikationen und hohe Lernbereitschaft konnten die im Jahr 2006 an uns gestellten Aufgaben gut gelöst werden. Unser Dank gilt überdies dem Personalrat, der die Geschichte der Bank konstruktiv und pragmatisch begleitet, sowie unserer Gleichstellungsbeauftragten für ihr ehrenamtliches Engagement.

Unser Leistungsspektrum 2007 (Stand 01. Juli 2007)

Wirtschaft

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ IB.Förderlotsen
- ▶ IB.GründerinnenBeratung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar-, Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ „IB.KMUdirekt“ (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ Refinanzierung von Beteiligungsgesellschaften
- ▶ Darlehen zur beruflichen Aufstiegsfortbildungsförderung (Meister-BAföG)

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ „Starthilfe Schleswig-Holstein“ (Direktkredite für Existenzgründungen)

Beteiligungskapital

- ▶ Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- ▶ MBG-Beteiligungen
- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Seed- und Start-up-Fonds

Zuschüsse

- ▶ für einzelbetriebliche Investitionen
 - ▶ Errichtungs-, Erweiterungs-, Modernisierungs-/Rationalisierungs-, Gründungsvorhaben aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft
 - ▶ Modernisierungsvorhaben kleiner gewerblicher Beherbergungsbetriebe aus dem Schleswig-Holstein-Fonds und dem Zukunftsprogramm Wirtschaft
- ▶ zur Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse aus dem Zukunftsprogramm Ländlicher Raum (Initiative „Biomasse und Energie“)
- ▶ für berufliche Aufstiegsfortbildungen aus dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, sog. „Meister-BAföG“

Immobilien/Städtebauförderung

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung und die Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen

Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen
- ▶ Mieterprivatisierung

Allgemeine Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

Baudarlehen im Rahmen folgender Kreditprogramme

- ▶ IB.ImmoFlex
- ▶ IB.StadtInMode
- ▶ Kooperationsdarlehen
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen für wohnwirtschaftliche Investitionen (=Ökologisch Bauen, Wohnraum Modernisieren, CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm)

Eigentumsmaßnahmen

Baudarlehen im Rahmen folgender Kreditprogramme

- ▶ IB.TandemPlus
- ▶ IB.ImmoFlex
- ▶ IB.ImmoKonstant24
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen für wohnwirtschaftliche Investitionen (=Wohneigentumsprogramm, Ökologisch Bauen, Wohnraum Modernisieren, CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm)

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung
- ▶ Finanzwirtschaftliche Betreuung bei Gruppenselbsthilfemaßnahmen
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmoCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung

Städtebauförderung

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Stadtbau West
- ▶ Landesprogramm 2006–2009

Kommunen

Förderprogramme/Darlehen

Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

- ▶ Darlehen aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft für wirtschaftsnahe Infrastruktur
- ▶ Darlehen aus dem kommunalen Investitionsfonds
- ▶ Schulbaufonds
- ▶ Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung
- ▶ Forderungskauf
- ▶ Biomasse und Energie
- ▶ Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen und -Einrichtungen
- ▶ Darlehen für Baumaßnahmen und Einrichtungen an Heimen, Fachkliniken und Behinderteneinrichtungen

Städtebauliche Denkmalpflege für Kommunen

- ▶ Darlehen für die denkmalgerechte Durchführung von Baumaßnahmen an historischer Bausubstanz in Altstadtbereichen

Kommunalfinanzierungen

- ▶ Zinsgünstige Kommunalkredite
- ▶ Umschuldungen und Umfinanzierungen bestehender Kreditengagements
- ▶ Darlehen an kommunale Unternehmen

Beratung und Dienstleistungen

Kommunale Finanzierungs- und Förderprogrammberatung

- ▶ Einbindung von Fördermitteln Land/Bund/EU
- ▶ Erstellung von Finanzierungskonzepten für kommunale Infrastrukturmaßnahmen

Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein in der IB

- ▶ Praxisnahe Informationen öffentlich-private Partnerschaften betreffend
- ▶ Entwicklung von Lösungskonzepten und Prüfung der ÖPP-Eignung
- ▶ Markterkundungen
- ▶ Ganzheitliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- ▶ Begleitung von Vergabeverfahren und der Umsetzung neuer Realisierungskonzepte, Optimierung von Finanzierungskonzepten, Fördermitteleinbindung bei ÖPP-Projekten

Projektmanagement

- ▶ Neutrale und kompetente Moderation in Entscheidungsprozessen bei komplexen kommunalen Vorhaben

Schulbausanierung

- ▶ Erstellung von Sanierungs- und Finanzierungskonzepten bei der Sanierung von schulischen Liegenschaften

Energiemanagement und Erneuerbare Energien/Energieagentur

- ▶ Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Entwicklung und Bewertung von Windenergieprojekten
 - ▶ Entwicklung und Umsetzung von Bioenergieprojekten
 - ▶ Integration und Bewertung von thermischen Solaranlagen und Photovoltaikprojekten

- ▶ Beratung und Unterstützung bei Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
- ▶ Beratung und Begleitung z. B. bei der Ausschreibung von Stromlieferungen
- ▶ Beratung und Begleitung bei der Durchführung von Contracting-Vorhaben

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Potenzialberatung für KMU
- ▶ Weiterbildung von Beschäftigten
- ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern
- ▶ Förderung der betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung
- ▶ Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsreife von Schulabgängern
- ▶ Trainingsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche
- ▶ Innovative und regionale Projekte zur Arbeitsmarktintegration
- ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf

Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und LR an die Sparkassen (Zentralbank)
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierung von Kreditinstituten (Globaldarlehen, Einzelrefinanzierungen) und Kapitalbeteiligungsgesellschaften

Projektmanagement

- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Einzelfallbezogene Prozessbegleitung
- ▶ Begleitung bei Verhandlungen
- ▶ Darstellung von Handlungsalternativen

EU-Förderung / Euro Info Centre

- ▶ Beratung über EU-Fördermöglichkeiten
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektentwicklung
- ▶ Recherche zu EU-Vorschriften
- ▶ IB-Verbindungsbüro Brüssel
- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung direkt in Brüssel

EU-Programme im Ostseeraum

- ▶ EU-Ostseeprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007–2013)
- ▶ Interregional Cooperation Programme 2007-2013 (INTERREG IVC) – Contact Point
- ▶ Abwicklung laufender INTERREG Programme (INTERREG III B Ostsee, INTERREG IIIC North)



Ausschnitt aus „Produktion, Behrens AG II“ von Tobias Duwe, Öl auf Leinwand, 50 x 40 cm



Wirtschaft

Wir sind Dienstleister für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins und Partner der hiesigen Kreditinstitute, von gewerblichen Unternehmen und Existenzgründungsinteressierten. Wesentlicher Träger unseres Neugeschäfts waren geförderte Investitionen im Bereich regenerativer Energien – das ist aktiver Klimaschutz.



Wirtschaft

Unsere Aufgabe innerhalb der Mittelstandsförderung Schleswig-Holsteins lässt sich wie folgt beschreiben: Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen, Finanzierungspartner der Hausbanken und Beteiligungsgeber.

Wir sind Dienstleister für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Partner der hiesigen Kreditinstitute, von gewerblichen Unternehmen und Existenzgründungsinteressierten. Darüber hinaus arbeiten wir eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen.

Die Investitionsbank hilft Existenzgründungsinteressierten und Unternehmen, indem wir umfassend

über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten beraten, auf Gespräche mit den Hausbanken vorbereiten und als Finanzierungspartner mit der Hausbank das Kreditengagement und damit das Risiko teilen bzw. bei kleineren Gründungsvorhaben die Hausbankfunktion übernehmen. Das verbessert die Finanzierungsspielräume der Kreditinstitute und hilft dem Mittelstand bei der Fremdkapitalbeschaffung.

Die steigende Investitionsbereitschaft des Mittelstandes wirkte sich positiv auf die Neugeschäftsentwicklung der Sparte Wirtschaft aus. Wesentlicher Träger – mit rd. 30 Prozent – des Neugeschäftsvolumens waren geförderte Investitionen im Bereich regenerativer Energien.

Förderberatung Wirtschaft: Beratungsnachfrage auf hohem Niveau

Nach einer Emnid-Umfrage gibt es bei jeder dritten Existenzgründung Unkenntnis über Fördermittel. Bei den Jungunternehmen kennt sich jedes fünfte damit nicht aus. Die Förderberatung Wirtschaft mit den IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung ist deshalb eine wichtige Säule der IB-Wirtschaftsförderung.

Bei der umfassenden und unentgeltlichen Förderberatung Wirtschaft geht es inhaltlich vor allem um Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten einschließlich möglicher Risikopartnerschaften. Einen weit größeren Anteil beansprucht allerdings die Vorbereitung auf die Bankgespräche. Dabei ist die Beratungsintensität hinsichtlich überzeugender Businesspläne weiter gestiegen.

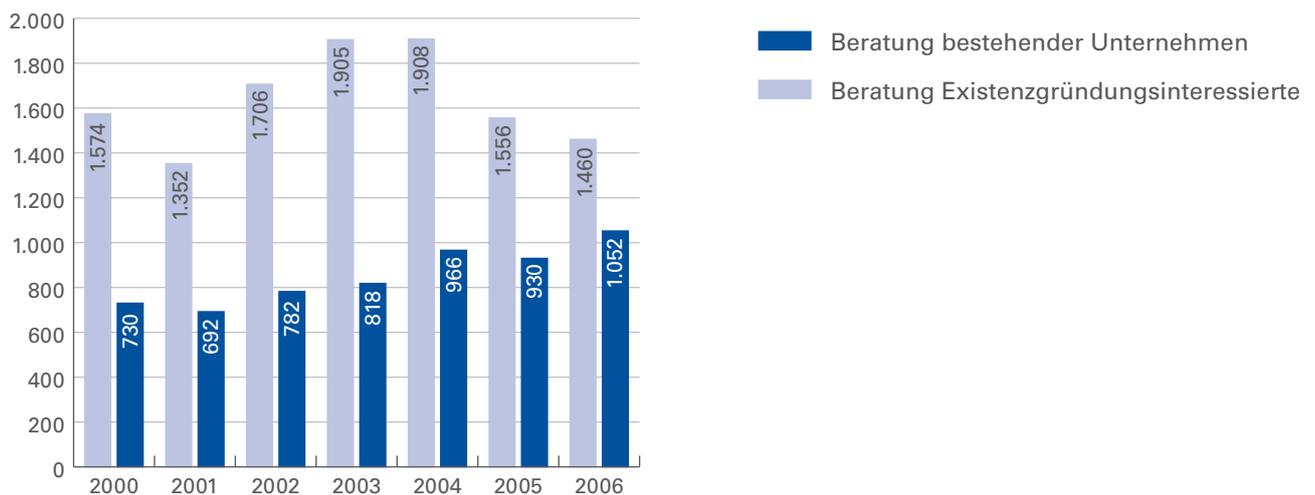
Mit 2.512 dokumentierten Beratungsfällen (die Zahl der Beratungsgespräche lag um 325 höher) verzeichneten unsere IB.Förderlotsen und die IB.Grün-

derinnenBeratung einen leichten Zuwachs gegenüber 2005. Bei 1.460 Fällen handelte es sich um Gründungsinteressierte (minus 6,2 Prozent), davon 615 Frauen und 845 Männer, sowie bei 1.052 Fällen um bestehende Unternehmen (plus 13,1 Prozent). Hauptgrund für die auch von der KfW gesehene „gesunde Schrumpfung des Gründungsgeschehens“ dürften die verschärften Qualifikations- und Konzeptanforderungen der Agenturen für Arbeit für die Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit sein.

Die Zahl der Informationsveranstaltungen außerhalb der IB stieg 2006 um 9,2 Prozent auf insgesamt 107 Vorträge, Seminare und Sprechtag an 26 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein. Dabei waren 57 Veranstaltungen speziell für Existenzgründungsinteressierte, davon 16 speziell für Existenzgründerinnen und fünf an Schulen und Hochschulen. Die Existenzgründungsveranstaltun-

gen wurden zu einem überwiegenden Anteil von momentan erwerbslosen Personen genutzt. Nebenerwerbsgründungen hatten einen wachsenden Anteil.

Nicht enthalten in dieser Veranstaltungsstatistik sind unsere Aktivitäten im Projekt „JUNIOR-Schüler als Manager“, in dem wir als Partner des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft befristete Schülerunternehmen betreuen und in 2006 den 10. Landeswettbewerb veranstaltet haben. Einschließlich des laufenden Schuljahres 2006/2007 waren bzw. sind inzwischen 3.019 Schülerinnen und Schüler in 229 JUNIOR-Unternehmen in unserem Land



Förderung von Existenzgründungen

Um auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen, übernehmen wir die Hausbankfunktion im Rahmen unseres Produktes „Starthilfe Schleswig-Holstein“. Voraussetzung ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, das auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW. 2006 wurden auf diesem Wege Darlehen von ca. 1,5 Mio. € für

beteiligt. Schleswig-Holstein war als viertes Bundesland dabei und gilt als aktives JUNIOR-Land. Wir sehen in dem Projekt einen Beitrag zur Verbesserung des Gründungsklimas und einen Motivationsmotor für die volkswirtschaftlich so bedeutsamen Existenzgründungen.

Insgesamt spielt die Investitionsbank mit der Förderberatung Wirtschaft eine aktive Rolle im Beratungsnetzwerk, insbesondere mit der KfW, den Wirtschaftskammern, den Technologie- und Gründungszentren, den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften, den Hochschulen und den Agenturen für Arbeit.

insgesamt 37 Existenzgründerinnen und Existenzgründer bewilligt, denen so der Start in die berufliche Selbständigkeit gelang. Damit wurden 72 neue Arbeitsplätze geschaffen. Obwohl die Anzahl der eingereichten Anträge nur um 17 Prozent sank, wurden in 2006 um 47 Prozent weniger Darlehen bewilligt als im Vorjahr (70 Darlehen in 2005). Der wesentliche Grund für die Ablehnung der Finanzierungsanfragen liegt in der unzureichenden Qualität der eingereichten Konzepte.



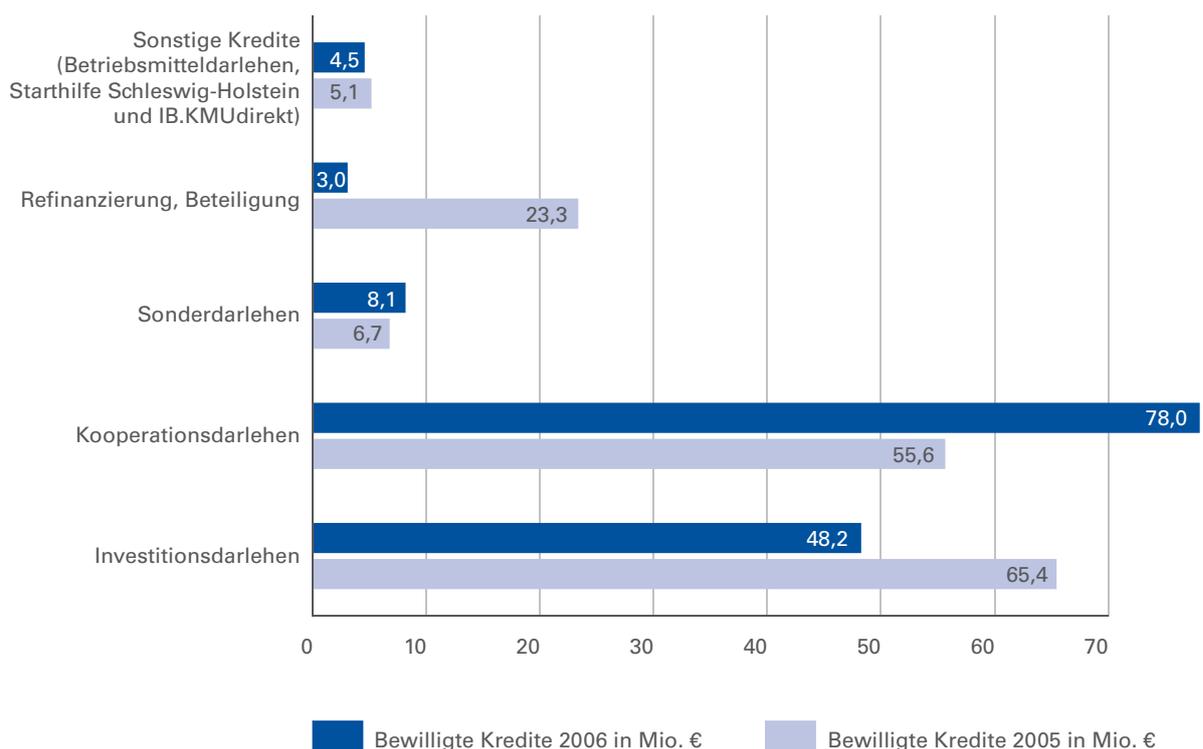
Erfolgreiches Neugeschäft im Bereich Wirtschaft

Kredite

Mit 141,8 (Vj. 156,1) Mio. € neu bewilligten Krediten haben wir ein erfolgreiches Jahr abgeschlossen. Da wir Beteiligungsgesellschaften in 2006 nur in Höhe von 3 (Vj. 23) Mio. € refinanzierten, konnten wir das Gesamtergebnis des Vorjahres nicht ganz erreichen. Kreditneubewilligungen (ohne Refinanzierungen) konnten wir gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent steigern. Hierzu haben besonders unsere Kooperations- und Investitionsdarlehen beigetragen: Wir bewilligten 36 (Vj. 21) Kooperationsdarlehen in Höhe von 78 (Vj. 55,6) Mio. € und 56 (Vj. 55) Investitionsdarlehen in Höhe von 48,2 (Vj. 65,4) Mio. €. Wir unterstützen in diesem Geschäftsbereich mit den in 2006 neu bewilligten Krediten mehr als 114 mittelständische Unternehmen.

Direktkredite zur Stabilisierung von Unternehmen

In dem neu aufgelegten Kreditprogramm „IB.KMU-direkt“ konnten im Berichtsjahr 23 Kredite mit einem Volumen von 2,2 Mio. € vergeben werden. Damit konnten wir 654 Arbeitsplätze sichern und 53 neu schaffen. Mit diesem Programm wollen wir Mittel für kleine Finanzierungsanlässe bei bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen bereitstellen, die bei positiver Zukunftsprognose aufgrund eines hohen Prüf- und Kreditvergabeaufwandes bei den Banken keine Finanzierung erhalten würden. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie den Mentoren Schleswig-Holstein eingereicht werden. Letztere sind erfolgreiche Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre berufliche Erfahrung nun ehrenamtlich und unabhängig hilfesuchenden Unternehmen anbieten.



Beteiligungskapital

EFRE-Risikokapitalfonds schon zu zwei Dritteln ausplatziert

Dieses Instrument der europäischen Wirtschaftsförderung leistet einen Beitrag zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der EU. EFRE steht für „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“. Gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) hatten wir unter Einbindung von EU-Geldern in 2005 den EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein initiiert. Dieser Fonds begleitet mit stillen und offenen Beteiligungen kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Dies stärkt ihre Eigenkapitalbasis und damit die Zukunftsperspektiven. Der mit einem Volumen von 15 Mio. € ausgestattete Fonds war Ende 2006 bereits mit einem zugesagten Beteiligungsvolumen von rd. 10 Mio. € zu zwei Dritteln platziert. Insgesamt wurden in 2006 bei 21 Firmen Betei-

ligungen gesetzt, so dass das Gesamtportfolio auf 45 Firmen anwuchs. Der Branchenschwerpunkt lag dabei wie im Vorjahr im Bereich Dienstleistungen und verarbeitendes Gewerbe.

Nachfrage bei Sonderdarlehen hält an

Mit unserem eigenkapitalähnlichen „Sonderdarlehen“ verbessern wir durch das Bereitstellen von mezzaninem Kapital die Bonität und Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Diese Darlehen werden ohne Absicherung als Festdarlehen vergeben und durch eine Rangrücktrittserklärung ergänzt. Die Eigenkapitalbasis insbesondere wachstumsorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen kann auf diese Weise verbreitert werden. Mit Sonderdarlehen im Gesamtvolumen von 8,1 (Vj. 6,7) Mio. € stärkten wir die Eigenkapitalbasis von 19 (Vj. 29) Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Zuschüsse

Im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bewilligten wir Zuschüsse in Höhe von 16,9 (Vj. 26,9) Mio. € zzgl. 5,0 Mio. € EFRE-Zuschüsse. Das damit ver-

bundene Investitionsvolumen betrug 152,5 (Vj. 208,2) Mio. €. Dadurch wurden 594 (Vj. 558) neue Arbeitsplätze geschaffen und 2.504 (Vj. 3.552) Arbeitsplätze gesichert.

Ergänzende Angebote

Euro Info Centre (EIC): Europas Chancen effektiv nutzen

Das Euro Info Centre (EIC) bietet der schleswig-holsteinischen Wirtschaft eine qualifizierte Beratung und bedarfsgerechte EU-Informationen, damit insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen die Chancen des Europäischen Binnenmarktes

effektiv nutzen. Das EIC hat – wie im Vorjahr – auch 2006 ca. 600 Unternehmen über EU-Förderprogramme und Finanzierungsleistungen beraten und unterstützt. Im Mittelpunkt der Beratung standen die Programme für die Bereiche Umwelt, erneuerbare Energien, Forschung und Entwicklung, Informationstechnologien sowie Finanzierungs- und Investitionsbedingungen in den neuen



Mitgliedstaaten. Das EIC wird bei seinen Aktivitäten durch das Verbindungsbüro in Brüssel unterstützt. Durch die Nähe zu den Entscheidungsträgern auf EU-Ebene können Beratungsaufträge schnell und unkompliziert umgesetzt werden.

Energieagentur:

Unterstützung im Bereich Umwelt und Energie

Die Energieagentur der Investitionsbank bietet den Handwerks- und Gewerbebetrieben in Schleswig-Holstein ihr Know-how in den Bereichen Energiemanagement, Energieeinsparung, rationelle Energieverwendung und Nutzung regenerativer Energien an. Für diese Unternehmen kann die Energieagentur aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse als „Türöffner“ auch in den neuen EU-Mitgliedsländern wirken und so zur Standort-sicherung und zur Schaffung oder zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen.

Insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien können keine Standardlösungen angeboten werden, da unterschiedlichste Rahmenbedingungen bedacht und berücksichtigt werden müssen. Im Auftrag des Landes bietet unsere Energieagentur daher speziell im Bereich der Biomasse-nutzung Unterstützung von der Projektentwicklung, Finanzierungsberatung und Risikoabschätzung bis hin zur wirtschaftlichen Bewertung.

Auf Initiative der IB startete im Januar 2006 das mit EU-Mitteln kofinanzierte deutsch-dänische Gemeinschaftsprojekt „Aufbau von Energiemanagementstrukturen bei KMU und Kommunen“ – kurz „EnerKo“. Die Durchführung liegt in den Händen der Energieagentur und des dänischen Partners Sydevst Energi Net A/S. Ziel des noch bis Ende 2007 laufenden Projekts ist es, die Energieeffizienz zu verbessern und Einsparpotenziale aufzuzeigen. Die systematische Analyse durch vergleichende Berechnungen des Verbrauchs bei Produktionsprozessen und energetische Gutachten der Gebäude

erzeugt zunächst ein Gesamtbild der Verbrauchssituation. Abschließend werden Energieberichte erstellt und Empfehlungen für ein langfristiges Energiecontrolling benannt. Hier werden Einsparpotenziale von mind. 10 Prozent und in Einzelfällen sogar über 30 Prozent gesehen.

Projektmanagement: Mitwirkung bei Projektplanungen der maritimen Wirtschaft

Das Projektmanagement der IB bietet Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben. Die Investitionsbank hat in 2006 als Partner des Maritimen Clusters Schleswig-Holstein durch das Projektmanagement die Konstituierung der entsprechenden Projektgruppe für das Pilotprojekt PiTaS gemeinsam mit dem Clustermanagement der Technologieregion K.E.R.N. e.V. betrieben.

PiTaS steht für Piraterie- und Terrorabwehr auf Seeschiffen und bezeichnet eines der Pilotprojekte des Maritimen Clusters Schleswig-Holstein. Ziel dieses geplanten Entwicklungsvorhabens norddeutscher Unternehmen ist es, gemeinsam eine technisch-ökonomische Systemlösung auf den Weltmarkt zu bringen, die die verschiedensten Technologien zur Abwehr von Bedrohungen durch Piraterie und Terrorismus intelligent verknüpft und damit einen optimalen Schutz vor derartigen Attacken bietet. Anwendungen sind auf Megajachten und Kreuzfahrtschiffen denkbar.

Ein weiterer Projektansatz verbirgt sich hinter dem Titel „Forschungsschiff der Zukunft“. Die Erforschung der Tiefsee, hier sei als Stichwort z. B. Gas-hydrate genannt, aber auch territoriale Vermessungen auf See werden nach Expertenmeinungen zu einer deutlich vermehrten Nachfrage nach den High-Tech-Schiffen mit anspruchvollster Technologie führen. Eine Gruppe schleswig-holsteinischer Unternehmen – jeweils federführend auf ihrem Gebiet – ergänzt um das Forschungsinstitut IFM Geomar, hat sich zum Ziel gesetzt, einen nicht

unerheblichen Teil dieses Marktes für das innovative Designkonzept eines Forschungsschiffes der Zukunft zu begeistern. Das vorgesehene modulartige Baukastensystem soll insbesondere die Planungsphase deutlich verkürzen. Das Projektmanagement der IB wirkte an dem dynamischen Prozess mit vielen Beteiligten mit, der zunächst erforderlich war, bevor die eigentliche Arbeit der Fachleute beginnt.

Beide Beispiele zeugen von der konsequenten Ausrichtung des Maritimen Clusters Schleswig-Holstein auf sichtbare Effekte für die heimische Wirtschaft – in den ersten eineinhalb Jahren des Bestehens dieses Clusters mit engagierter Unterstützung durch die Projekt-Experten der IB. Dies verschaffte der maritimen Wirtschaft des Landes den Ruf eines Vorreiters bei neuen Entwicklungen in der Branche.

Meister-BAföG: Förderung für alle Berufsbereiche

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) stellt ein umfassendes Förderinstrument für die berufliche Fortbildung in grundsätzlich allen Berufsbereichen dar und zwar unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit, Teilzeit, mediengestützt oder im Fernunterricht). Das sog. Meister-BAföG ist wichtiges Instrument zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung sowie zur Unterstützung von Existenzgründungen.

Insgesamt konnten im Jahr 2006 mit rd. 3,5 Mio. € Bundes- und Landesmitteln rd. 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung unterstützt werden, womit die Zahl der Geförderten annähernd das Niveau des Vorjahres erreichte. Auch in 2007 ist ausgehend vom bisherigen Antragseingang mit einem ähnlichen Förderergebnis zu rechnen.

Ausblick

Die Zukunftsaussichten für das Jahr 2007 beurteilen wir optimistisch. Die Änderungen der europäischen Förderrahmenbedingungen für die Förderperiode 2007 – 2013 können erheblichen Einfluss auf unsere Produkte haben. Die Veränderungen werden wir analysieren und mit den zuständigen Ministerien angemessene Reaktionen bzw. Modifikationen abstimmen. Auf die entstehenden Beschränkungen und neuen Möglichkeiten werden wir mit notwendigen Produktänderungen oder neuen Produkten reagieren.

Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein wollen wir – gemeinsam mit der MBG, diversen Kreditinstituten und dem Land – einen Mittelstandsfonds auflegen und damit die bereits bestehende

Produktpalette in der Eigenkapitalversorgung über den Seed- und Start-up Fonds und den EFRE-Risikokapitalfonds hinaus weiter komplettieren.

Wir gehen davon aus, dass die Banken auch im Jahr 2007 ihre Kreditrisiken mit uns teilen werden. Wir rechnen damit, dass wir die Risikoteilung mit den Hausbanken weiter ausbauen können. Schwerpunkte bilden dabei weiterhin die Produkte Investitions- und Kooperationsdarlehen. Ein besonderes Augenmerk gilt den Unternehmen sowie Gründerinnen und Gründern, die oft nur schwer eine Finanzierung finden. Mit den Produkten „Starthilfe Schleswig-Holstein“ und IB.KMUdirekt steht das „Machbarmachen“ von Vorhaben im Vordergrund.



Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG SH)



Die MBG Schleswig-Holstein schließt Eigenkapitallücken

Die MBG beteiligt sich mit typisch stillen und offenen Beteiligungen zwischen 50.000 € und

1,0 Mio. € an mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Sie stärkt das wirtschaftliche Eigenkapital dieser Unternehmen und verbessert damit u.a. deren Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben.

2006: Erneut sehr gute Förderergebnisse

Für das Jahr 2006 konnte die MBG erneut eine sehr erfreuliche Förderbilanz präsentieren.

Im Einzelnen stellen sich die Förderergebnisse wie folgt dar:

16,2 Mio. € Neugeschäftsvolumen

Die MBG hat 2006 für 73 Unternehmen insg. 83 Beteiligungen neu bewilligt. Eine wachsende Bedeutung für die MBG haben Laufzeitverlängerungen. In 2006 hat die MBG nach dem vertragsmäßigen Laufzeitende von Beteiligungen mit den Kunden Laufzeitverlängerungen von i.d.R. 5 Jahren für ein Beteiligungsvolumen von 3 Mio. € vereinbart.

6,1 Mio. € für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge

Die MBG hat 2006 25 Existenzgründungsbeteiligungen i.H.v. 3,1 Mio. € bewilligt. Darunter waren erstmals 3 Ausgründungen aus Hochschulen des Landes, die über den neuen Seed- und Start-Up-Fonds mit je 100.000 € gefördert wurden.

Mit ebenfalls gut 3 Mio. € hat sich die MBG 2006 an der Finanzierung von 8 Unternehmensnachfolgeprojekten beteiligt.

Handel und Maschinenbau dominieren

Bei den Branchen lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Handel und Maschinenbau. 12 Handelsunternehmen erhielten zusammen 3,8 Mio. € und 11 Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau 2,8 Mio. €.

Regionaler Schwerpunkt war mit 15 Beteiligungen über zusammen 2,5 Mio. € die Stadt Lübeck, die damit ihre traditionelle Spitzenposition unter den Regionen des Landes behaupten konnte. Fast gleichauf folgten die Kreise Rendsburg-Eckernförde (6 Beteiligungen/2,5 Mio. €) und Schleswig-Flensburg (11 Beteiligungen/2,3 Mio. €).

Insgesamt hat die MBG als Finanzierungspartner im Jahre 2006 ein Investitionsvolumen von 104 Mio. € begleitet und dadurch fast 3.400 neue bzw. bestehende Arbeitsplätze gefördert.

Gute Perspektiven für 2007

Für das Jahr 2007 zeigt sich die MBG sehr optimistisch. Sie will den konjunkturellen Rückenwind nutzen und den Unternehmen in Schleswig-Holstein mit maßgeschneiderten Beteiligungsangeboten die nötigen finanziellen Spielräume verschaffen. Dabei hofft die Gesellschaft auch auf die baldige Genehmigung des als Public-Private-Partnership-Modell geplanten Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein durch die EU-Kommission, weil dann auch größeren Unternehmen bis 100 Mio. € Jahresumsatz attraktive Beteiligungsprodukte angeboten werden können.

| Kreise und kreisfreie Städte | Bewilligungsvolumen | Investitionsvolumen | geförderte Arbeitsplätze |
|------------------------------|---------------------|---------------------|--------------------------|
| Dithmarschen | 405.000 | 2.762.000 | 72 |
| Flensburg | 300.000 | 329.000 | 39 |
| Herzogtum Lauenburg | 800.000 | 4.770.000 | 75 |
| Kiel | 725.000 | 2.188.000 | 117 |
| Lübeck | 2.570.000 | 19.521.000 | 364 |
| Neumünster | 300.000 | 3.872.000 | 166 |
| Nordfriesland | 697.000 | 3.489.000 | 121 |
| Ostholstein | 425.000 | 4.304.000 | 65 |
| Pinneberg | 1.450.000 | 8.100.000 | 373 |
| Plön | 460.000 | 1.763.000 | 31 |
| Rendsburg-Eckernförde | 2.450.000 | 13.467.000 | 306 |
| Schleswig-Flensburg | 2.315.000 | 18.640.000 | 152 |
| Segeberg | 1.335.000 | 7.138.000 | 366 |
| Steinburg | 300.000 | 600.000 | 49 |
| Stormarn | 1.670.000 | 13.200.000 | 1.102 |
| | 16.202.000 | 104.143.000 | 3.398 |



Ausschnitt aus „Gröpels’, Baustelle“ von Tobias Duwe, Öl auf Leinwand, 60 x 70 cm



Immobilien

Wir zeigen rentable Wege für die Sanierung des schleswig-holsteinischen Mietwohnungsbestandes auf, die gleichzeitig ökologische Aspekte und die Ansprüche der Bevölkerung an bezahlbares, modernes und individuelles Wohnen erfüllen. Private Kunden unterstützen wir beim Bau, Kauf oder der Modernisierung von selbst genutztem Wohneigentum.



Immobilien

Das Geschäftsjahr 2006 war für den Bereich Immobilien durch massive Veränderungen der Marktsituation geprägt. So hatte z.B. der zum 31.12.2005 eingetretene Wegfall der Eigenheimzulage wesentlichen Einfluss auf den Verlauf des Geschäftsjahres 2006.

Bei Konditionen für Immobilienfinanzierungen gibt es einen immer härteren Wettbewerb. Dabei hat die Bedeutung der Internetanbieter ohne Beratungsangebot im vergangenen Jahr erheblich zugenommen. Der Bund hingegen weitete durch Verbesserung der Modernisierungsprogramme der KfW seine Förderung aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Immobilienbereiches verfügen über ein ausgewiesenes Know-how bei der Koordination der vielfältigen Fördermittel und entwickeln optimale Lösungen für die individuellen Finanzierungswünsche ihrer Kunden. Die professionelle Zusammenarbeit mit unseren qualifizierten Partnern trug ebenfalls erheblich dazu bei, dass wir trotz der gegenüber den Vorjahren deutlich veränderten Rahmenbedingungen ein befriedigendes Neugeschäftsergebnis erzielten. Im Standardmengen- und Individualgeschäft konnten wir insgesamt ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von rd. 291 Mio. Euro erreichen und rd. 2.500 neue Kunden gewinnen.

Marktbedürfnisse steuern unsere Produktentwicklungen

Um die negativen Auswirkungen des Wegfalls der Eigenheimzulage zu mindern und unseren Kunden die Vorteile einer anfänglich geringeren Belastung weiterhin sichern zu können, entwickelten wir ein Ersatzprodukt für unser bisheriges IB.TandemPlus. Den etablierten Produktnamen behielten wir bei. Die Markteinführung erfolgte im zweiten Quartal 2006.

Ebenfalls in das zweite Quartal 2006 fiel die Markteinführung des zusammen mit dem Land Schleswig-Holstein entwickelten Modernisierungsdarlehens IB.StadtInMode. Grundlage für dieses Finanzierungsprodukt sind die Grundsätze für das Programm zur Förderung von Modernisierungs-

und Instandsetzungsmaßnahmen in städtischen Mietwohnungen und der Förderung der städtebaulichen Denkmalpflege im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds (SHF). Diese Finanzierungsmöglichkeit ist auf den privaten Eigentümer von Mietwohnungen mit einem Wohnungsbestand unter 50 Wohneinheiten zugeschnitten. Das Land gewährt einen zehnprozentigen Teilschulderlass auf das Nominaldarlehen, wenn innerhalb eines Jahres nach Antragseingang bei der IB ein Verwendungsnachweis für das Darlehen eingereicht wird. Wir erreichen damit eine Kundenzielgruppe, für die es bislang keine speziell ausgerichteten Produkte gab, und tragen der aktuellen Bedeutung von Modernisierungen im Mietwohnungsbau Rechnung.

Hohe Nachfrage nach den Modernisierungsprogrammen der KfW

Die Förderprogramme der KfW für den Eigentumsbereich wurden im gesamten Verlauf des Jahres 2006 hervorragend nachgefragt. Das Wohnungseigentumsprogramm wurde in der Zeit bis zur Einführung des Produktes IB.TandemPlus (s.o.) von unseren Finanzierungspartnern gut in die Finanzierungskonzepte eingearbeitet. Ein Teil der für das IB.TandemPlus erwarteten Volumina konnte

über dieses Finanzierungsprodukt generiert werden. Bei den KfW-Programmen zur Modernisierung und Sanierung von Wohneigentum verzeichneten wir eine nicht erwartete, hohe Nachfrage. Zum Ende des Geschäftsjahres waren die durch uns geplanten Volumina um mehr als das 2,5-fache übererfüllt.

Neugeschäft im Eigentumsbereich der Allgemeinen Wohnraumförderung insgesamt befriedigend

Durch gemeinsame Anstrengungen des Vertriebes Immobilien und seiner Partner, durch kontinuierliche Marktbeobachtung und durch eine auf geänderte Marktbedürfnisse ausgerichtete Produktentwicklung hat der Bereich Immobilien im Standard-

mengengeschäft der Allgemeinen Wohnraumförderung mit Blick auf den sehr ehrgeizigen Planansatz und die schwierigen Rahmenbedingungen insgesamt ein befriedigendes Ergebnis erzielt.

Individualgeschäft der Allgemeinen Wohnraumförderung sehr erfolgreich

Ebenfalls im Mietwohnungsbau veränderten sich die Rahmenbedingungen für den Absatz von Finanzierungsprodukten. In 2006 verstärkte sich der bereits im Vorjahr vorhandene Trend zu einer größeren Komplexität der Finanzierungsfälle. Immer häufiger müssen mehrere Kreditgeber ihr Vorgehen zeitaufwändig koordinieren. Im Ergebnis führt dies zunehmend dazu, dass Finanzierungsmittel frühzeitig eingeplant werden müssen, die zinswirksame Inanspruchnahme jedoch erst sehr viel später erfolgt.

Insgesamt lag das Neugeschäft 2006 für die Allgemeine Wohnraumförderung im Mietwohnungsbau und für die Spezialfinanzierungen über unseren Erwartungen und deutlich über den Vorjahreszahlen. Dazu haben sowohl große Investitionsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft als auch die teilweise sehr günstigen Kreditbedingungen der KfW beigetragen. Insbesondere der Absatz der KfW-Modernisierungsprogramme übertraf unsere Erwartungen erheblich.



Schleppende Inanspruchnahme der Sozialen Wohnraumförderung im Standardmengen- und Individualgeschäft

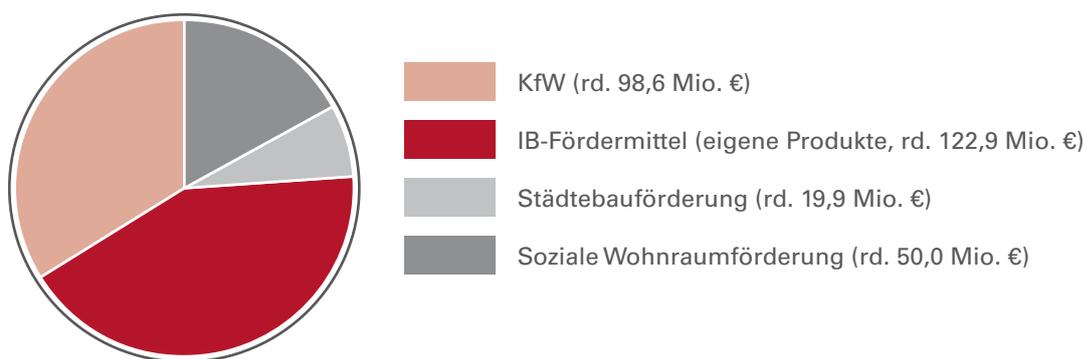
Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen gestaltet sich der Absatz von Mitteln der sozialen Wohnraumförderung wie bereits im Vorjahr schwierig. Die eingeschränkte Abnahme der Landesmittel resultierte insbesondere aus dem weiterhin niedrigen Kapitalmarktzinsniveau. Insbesondere im Mietwohnungsbau erschwerte auch die Konkurrenzsituation mit den KfW-Mitteln, die vor allem zu Beginn des Geschäftsjahres 2006 ausgesprochen zinsgünstig waren und zudem ohne Mietpreis- und Belegungsbindungen vergeben werden, den Absatz der Landesfördermittel.

Die Vorgaben des Landes für die Förderung von Eigentumsmaßnahmen und den Mietwohnungsbau beliefen sich für das Doppelprogrammjahr 2005/2006 auf insgesamt 156 Mio. € (inkl. Bundes-

finanzhilfen in Höhe von rd. 6 Mio. €). Die Zahl der in 2005/2006 zu fördernden Wohneinheiten betrug insgesamt 4.130, davon 1.280 Einheiten für den Eigentumsbereich und 2.850 Einheiten im Mietwohnungsbau.

Im Ergebnis wurden für das Jahr 2006 Landesmittel in Höhe von etwa 50 Mio. € vergeben und dabei rd. 2.100 Wohneinheiten gefördert. In 2005 wurden mit einem Volumen von 63,5 Mio. € rd. 2.000 Wohneinheiten gefördert. Für das Doppelprogrammjahr 2005/2006 ergab sich damit ein Gesamtfördervolumen von rd. 113,5 Mio. € für insgesamt rd. 4.100 Wohneinheiten. Damit erfüllten wir die Vorgaben des Landes für das Doppelprogrammjahr 2005/2006 hinsichtlich des Mitteleinsatzes zu nahezu 75 Prozent.

Neugeschäftsvolumen in Mio. € (inkl. Städtebauförderung)



Städtebauförderung ausgebaut

Die Städtebauförderung des Bereiches Immobilien bewilligte in den drei Programmen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ Fördermittel des Bundes und Landes über insgesamt 19,9 (Vorjahresergebnis 17,1) Mio. €. Diese Finanzhilfen unterstützen die Städte und Gemeinden bei der Weiterentwicklung und wirtschaftlichen Stabilisierung von Innenstädten und Ortsteilzentren.

Allgemeine Städtebauförderung „Sanierung und Entwicklung“

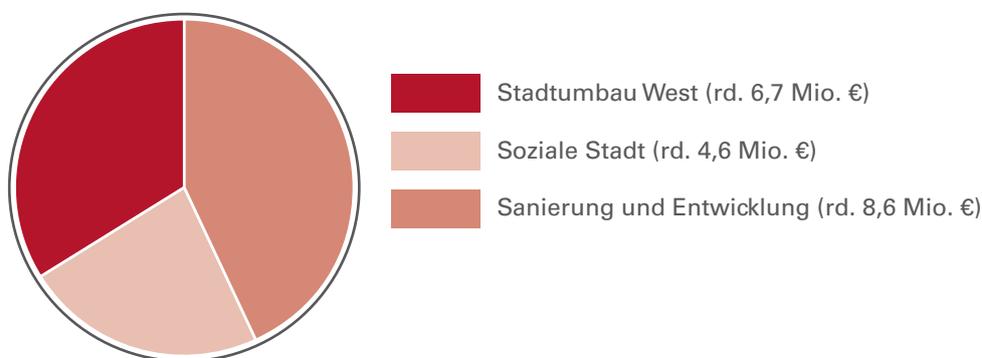
Mit einer geringfügigen Fördermittelerhöhung gegenüber dem Vorjahr wurden im Programmjahr 2006 neun kommunale Gebietsförderungen fortgeführt. Neben den Oberzentren Flensburg und Lübeck erhielten die Städte Barmstedt, Geesthacht, Glückstadt, Marne, Nortorf, Reinfeld und Rendsburg entsprechende Finanzhilfen. Die auf örtlicher

Ebene erforderlichen städtebaulichen Planungsprozesse sind in 2006 soweit vorangeschritten, dass ein Schwerpunkt des Mitteleinsatzes nun im investiven Bereich und hier insbesondere in infrastrukturellen Maßnahmen liegt.

Städtebauförderungsprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“

Im Programm „Soziale Stadt“ wurden in 2006 Fördermittel in Höhe des Vorjahres bewilligt. Die Finanzhilfen im Programm „Stadtumbau West“ wurden um rd. 56 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 auf nun rd. 6,7 Mio. € (Bund/Land) angehoben. Eine weitere Programmaufstockung ist bereits angekündigt. Die an die Ober- und Mittelzentren gerichteten Förderperspektiven rückten die Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels stärker in den Vordergrund.

Städtebauförderung in Mio. €





Zusammenarbeit mit freien Zuführern intensiviert

Mit dem weitaus größten Teil der potenziell in unserem Land vorhandenen institutionellen Finanzierungspartnern haben wir Partnerverträge über eine effektive Zusammenarbeit geschlossen. In 2006 erkannten uns in wachsender Zahl die nicht an Institutionen gebundenen Zuführer als kompetenten Partner für Immobilienfinanzierungen. Auf dieses Vertriebssegment richteten wir daher auch unser Augenmerk. Die Qualität des zugeführten

Geschäftes unterlag unserer ständigen Kontrolle. Wir entwickelten eine Vereinbarung für die Zusammenarbeit mit den freien Zuführern, die auch künftig die Erfüllung der Ansprüche unserer Kunden und unseres Bereiches an einen kompetenten und qualifizierten Einsatz von Wohnraumfinanzierungen sichert.

Zunahme der Bedeutung als kompetenter Dienstleister für die Wohnungswirtschaft

Der Trend zur Qualitätsverbesserung bestehenden Wohnraums hat sich im Jahr 2006 deutlich fortgesetzt. Das anhaltende Wachstum der Anzahl der Haushalte (auch mit älteren Menschen) wird begleitet von immer differenzierteren Ansprüchen der verschiedenen Haushaltstypen an das Wohnen. Der Immobilienbereich der IB stellte sich daher mit seinem Dienstleistungs- und Finanzierungsangebot auf die jeweiligen Zielgruppenwünsche ein. Wir zeigten Wege für die Sanierung des schleswig-holsteinischen Wohnungsbestandes auf, die gleichzeitig ökologische Aspekte und die Ansprüche der Bevölkerung an bezahlbares, modernes und individuelles Wohnen erfüllen. Dazu bündeln wir die fachlichen Kompetenzen der IB zum Vorteil unserer Kunden. So führen wir z. B. zusammen mit der Energieagentur der IB für Eigentümer eines oder mehrerer Mehrfamilienhäuser den IB.ImmoCheck durch. Unsere in Deutschland einzigartige Beratungsdienstleistung führt energetische Analyse und unter Renditegesichtspunkten optimierte Finanzierung in Variantenvergleichen zusammen. So ermöglichen wir unseren Kunden fundierte Investitionsentscheidungen und tragen nachhaltig zum Klimaschutz bei.

Trends erkennen:

das Wohnungsmarktbeobachtungssystem der IB

Das Wohnungsmarktbeobachtungssystem (WBS) der Investitionsbank beschreibt den Wohnungsmarkt in seiner regionalen Entwicklung. Ziel ist die zeitnahe Identifizierung von Trends und Trendänderungen. Für einen Kundenkreis, bestehend aus Wohnungsunternehmen, Kreditinstituten und Kommunen, bereiteten wir marktrelevante Daten nachfrageorientiert auf. Diese dienen unseren Kunden als differenzierte Planungsgrundlage.

Ausblick auf die Geschäftsjahre 2007/2008

Durch den Wegfall der Eigenheimzulage hat der Immobilienbereich der IB im Mengengeschäft diejenigen Produkte eingebüßt, mit denen wir ein Alleinstellungsmerkmal begründeten. Diese Situation können wir in den nächsten zwei bis drei Jahren nur dadurch kompensieren, dass wir neue oder modifizierte Produkte an den Markt bringen. Zudem werden wir weiter verstärkt Vertriebspartner im Nicht-Bankensegment akquirieren und eine markt- und risikogerechte Kreditpolitik verfolgen. In den Folgejahren rechnen wir wieder mit einer moderaten Steigerung der Ergebnisse. Für die Soziale Wohnraumförderung kommt es zu deutlichen Verbesserungen der bestehenden Förderbedingungen sowie zu einer Aufnahme der Förderung von Gebrauchtimmobilien als neuen Fördergegenstand.

Mit der Schaffung der Voraussetzungen für ein erfolgreiches Jahr 2007 haben wir bereits begonnen. Gezielte Produktentwicklungen sind angelaufen, und intensive Gespräche mit dem Land haben zu einer Anpassung der Finanzierungsrichtlinien für das Doppelprogrammjahr 2007/2008 geführt. Wir beobachten intensiv den Markt hinsichtlich der Entwicklung der Margen und prüfen gegebenenfalls sinnvolle Reaktionsmöglichkeiten.

Im Individualgeschäft wird der Markt durch das vermehrte Auftreten von Beteiligungsgesellschaften beeinflusst werden, die andere Zielvorstellungen verfolgen als unsere traditionellen Partner aus der Wohnungswirtschaft. Dies kann in der Zukunft unser Geschäft negativ beeinflussen. Angesichts der Abhängigkeit des Vertriebsergebnisses vom Verlauf großer Projekte in der Wohnungswirtschaft sowie der Unsicherheit, ob es gelingt, auch Beteiligungsgesellschaften als Kunden für uns zu gewinnen, ist eine zuverlässige Prognose der zukünftigen Ergebnisse im Individualgeschäft schwierig. Insbesondere mit Blick auf die vermutlich auch zukünftig attraktiven Modernisierungsprogramme der KfW und die geplanten Modifikationen der Landesförderung erwarten wir dennoch für die kommenden Jahre einen moderaten Anstieg der Volumina.

In einem weiteren Städtebauförderungsprogramm stellt das Land im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds in den Jahren 2006–2009 zusätzliche Mittel bereit. Mit den auf die Städtebauförderung entfallenden Mitteln von 5 Mio. € werden insbesondere investive Einzelprojekte wie z. B. öffentliche Straßen, Wege und Plätze sowie die Errichtung sozialer, gesundheitlicher und kultureller Zwecke dienender Gebäude gefördert werden.



Ausschnitt aus „Jungmannschule Eckernförde“ von Tobias Duwe, Öl auf Leinwand, 70 x 40 cm



Kommunen

Neben der Vergabe von Kommunalkrediten und Fördermitteln hat die IB ihren ganzheitlichen Beratungsansatz mit der Einrichtung des Bereiches „Öffentliche Infrastruktur“ untermauert. Für unsere öffentlichen Kunden und Partner erschließen wir mit der Entwicklung von geeigneten ÖPP-Konzepten neue Möglichkeiten.



Kommunen

Dringende Sanierungsmaßnahmen und ein an die Entwicklung der Region angepasster Ausbau der Infrastruktur stellen die öffentlichen Verwaltungen in Zeiten knapper Haushaltsmittel bei gleichzeitigem Wegfall von Förderprogrammen vor große Herausforderungen. Immer stärker rückt die Betrachtung von Folgekosten einer Maßnahme – orientiert am Lebenszyklus und unter Einbeziehung aller potenziellen Risiken – in den Vordergrund. Die Vielfalt unterschiedlicher Ausgangs- und Bedarfslagen und verfügbarer Optimierungsansätze macht eine zielgerichtete, individuelle Beratung dabei unumgänglich.

Vor diesem Hintergrund konnte die Rolle der Investitionsbank als Partner in allen Belangen der

Umsetzung von Investitionsvorhaben im Bereich der kommunalen Infrastruktur im Jahr 2006 weiter gefestigt werden. Neben der Vergabe von Kommunalkrediten und Fördermitteln hat die IB diesen ganzheitlichen Beratungsansatz durch Einrichtung des Bereiches „Öffentliche Infrastruktur“ nachhaltig untermauert. Dazu gehören auch die Angebote des Kompetenzzentrums für Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) und der Energieagentur. Unser Leistungsspektrum bildet damit die besondere Kompetenz der IB ab, unsere öffentlichen Kunden und Partner mit jeweils maßgeschneiderten Lösungen für ihre anspruchsvollen Aufgaben bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur zu unterstützen.

Kommunalfinanzierung

Kommunalfördermittel / Aktivitäten des Vertriebs

Das Regionalprogramm 2000 bildete das Dach der regionalen Wirtschaftsförderung für die strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins für die Förderung aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) und der Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und zusätzlichen Landesmitteln. Die Förderperiode für das Regionalprogramm 2000, welches mit rd. 74 Mio. € zu Buche schlägt, endete mit dem Jahr 2006. Das für den Zeitraum 2007–2013 konzipierte Zukunftsprogramm Wirtschaft sorgt für einen fließenden Übergang in der regionalpolitischen Förderung und unterstützt die Kommunen in bewährter Weise bei ihren Infrastrukturinvestitionen. Der sich in den letzten Jahren abzeichnende Trend eines Rückgangs an kommunalen Förderprogrammen hat sich auch 2006 fortgesetzt. Die in 2006 ausgezahlten Mittel des Schulbaufonds in Höhe von rd. 23 Mio. € gingen nicht an neue Projekte, sondern waren die Restzahlungen für in der Förderung

befindliche Projekte. Im Programm der Initiative „Zukunft Bildung und Betreuung“, welches noch bis 2007 läuft, wurden rd. 37 Mio. € ausgezahlt.

Neben unseren Angeboten von Förderkrediten, den Dienstleistungen der Energieagentur und des ÖPP-Kompetenzzentrums bzw. deren innovative Kombination und der Entwicklung von neuen Produkten werden wir zukünftig unsere kommunalen Kunden beim Rückgang der Zuschussprogramme durch noch gezieltere Informationen zu bestimmten aktuellen Themen unterstützen. So planten wir im Jahr 2006 in Zusammenarbeit mit Land, kommunalen Spitzenverbänden, dem Landessportverband sowie ausgewählten Fachleuten eine Fachveranstaltung zum Thema „Sportstättenanierung und -betrieb“. Die Resonanz von landesweit 200 Teilnehmern aus Kommunen und Sportvereinen hat uns gezeigt, dass dieses Konzept angenommen wird. Wir werden daher diese Unterstützung unserer Kunden zu einem dauerhaften Bestandteil bei der Erfüllung unseres Förderauftrages machen.

Kommunalkreditgeschäft

Dieser Zweig hat sich weiter gut entwickelt. Das Neugeschäftsvolumen konnte in Zusammenarbeit mit unseren Partnerbanken und Vermittlern auf 575 (Vj. 371) Mio. € in 2006 gesteigert werden. Die Vermittlungsquote betrug dabei rd. 90 Prozent. Es kamen neben KfW-Mitteln erstmals auch Mittel der Landwirtschaftlichen Rentenbank zum Einsatz. Wir

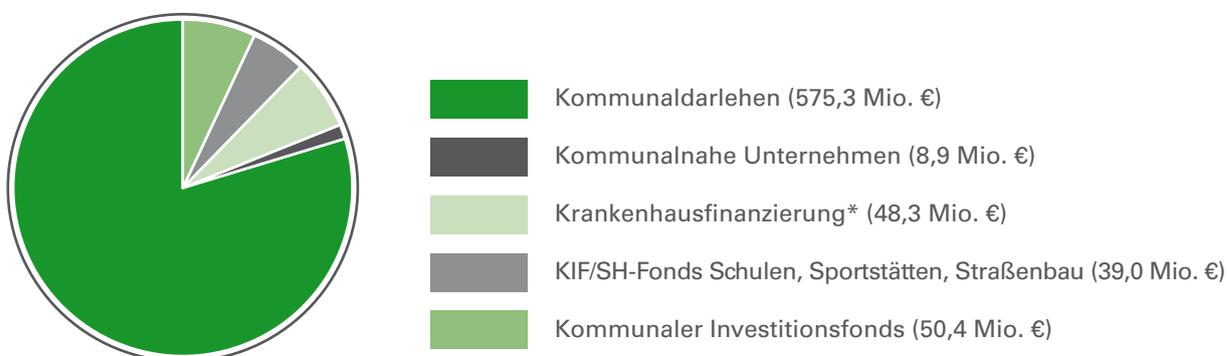
werden im Jahr 2007 weiterhin bestrebt sein, unsere Refinanzierungsbasis zu verbreitern, um so die günstigen Konditionen aufgrund der Gewährträgerstellung des Landes unseren kommunalen Partnern in optimaler Form zur Verfügung zu stellen.

Kommunalnahe Unternehmen

Die in 2005 in Zusammenarbeit mit den lokalen Banken begonnene Finanzierungstätigkeit im Segment der kommunalnahen Unternehmen (z.B. Stadtwerke, Hafengesellschaften) wurde konsequent weitergeführt. Mit rd. 10 Mio. € valutiertem Neugeschäftsvolumen konnten unsere Ziele erreicht werden. Ferner haben wir bereits jetzt Zusagen in Höhe von rd. 20 Mio. € herausgelegt. Der Investitionsbedarf in diesem Bereich ist weiterhin

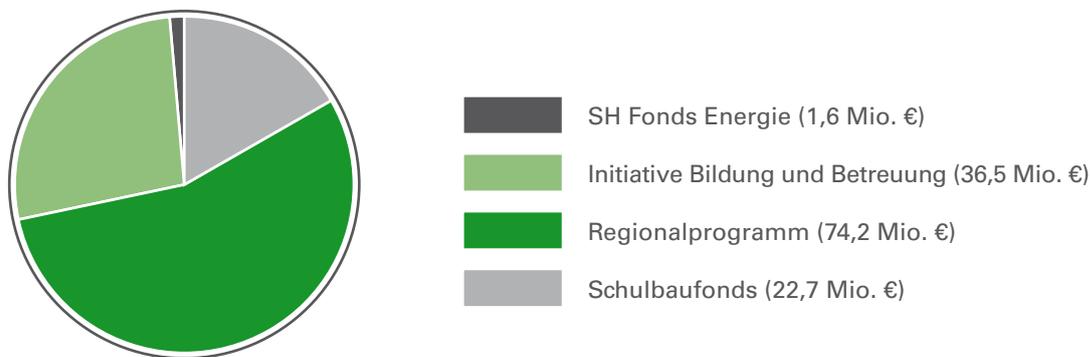
bemerkenswert hoch. Der umfassende Beratungsansatz der IB wird von Kunden und Kreditinstituten gleichermaßen gut aufgenommen und ist die Grundlage für eine vertrauensvolle Partnerschaft. Im Jahr 2007 soll die Entwicklung kombinierter Produkte gemeinsam mit der Energieagentur und dem Bereich Öffentliche Infrastruktur vorangetrieben werden.

Förderkredite in Mio. €



* einschließlich Fachkliniken/Behinderteneinrichtungen

Förderprogramme in Mio. €



IB-Energieagentur

Die Energieagentur legt die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit auf die Bereiche Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung regenerativer Energieträger. So gewährleistet sie, dass der Klimaschutz in der Förderpolitik des Landes sichtbar wird. Als Partner unterstützt sie Kommunen, Stadt- und Gemeindewerke, Wohnungsbaunehmen und Gewerbebetriebe. Das Dienstleistungsangebot umfasst die Unterstützung zur Erstellung technischer Konzepte, Wirtschaftlichkeitsanalysen, Heizkostenvergleiche, Beratung in Förder- und Finanzierungsfragen, Ausschreibungsunterstützung und Projektkoordination mit Termin- und Kostenkontrolle.

Mit der Beratungssoftware „IB.EnergieCheck“ unterstützt die Energieagentur die kommunalen Liegenschaftsträger dabei, Daten über die Energie- und Wasserverbrauchswerte und deren Kosten zu ermitteln, eindeutig zuzuordnen und zu bewerten. Im nächsten Schritt werden Energieeinsparpotenziale an den Gebäuden, technischen Einrichtungen und bei Produktions- und Organisationsabläufen erkannt und wirtschaftlich fundierte Verbesserungsvorschläge entwickelt. Außerdem ist die Software in der Lage, die ab 1. Januar 2008

für größere kommunale Liegenschaften erforderlichen Energiepässe zu erstellen. In mehr als 40 Kommunen in Schleswig-Holstein kam diese Software schon zur Anwendung. Über 370 Gebäude wurden bisher analysiert.

Bei Wohngebäuden kommt „IB.ImmoCheck“ zum Einsatz. Mit diesem Software-Tool lassen sich steuerliche und finanztechnische Aspekte sowie die mögliche Einbindung von Förder- und Finanzierungsprogrammen des Landes und des Bundes abbilden. Energetische Sanierungsmaßnahmen lassen sich so optimal mit den Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit eines Gebäudes in Bezug setzen. Die Software ist in der Lage, die für Wohngebäude ab 2007 erforderlichen Energiepässe zu erstellen.

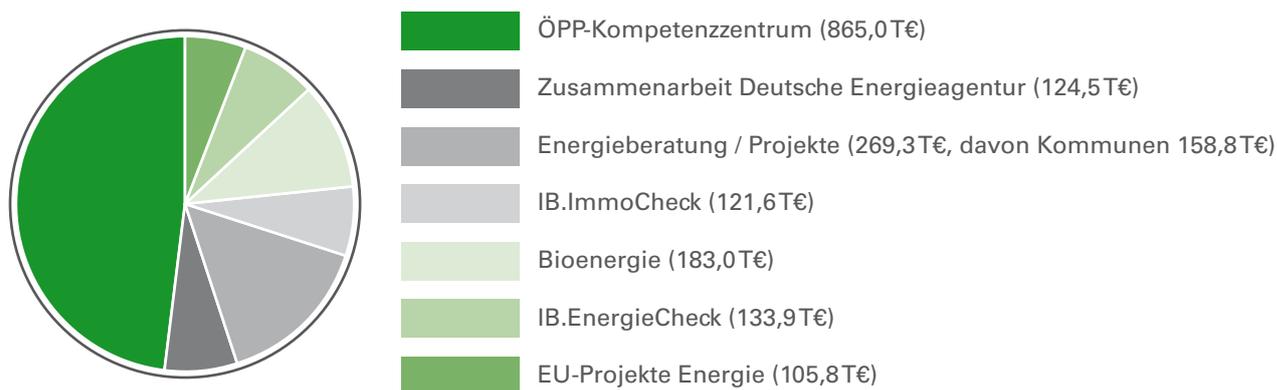
Regenerative Energieträger schaffen nicht nur eine zusätzliche Wertschöpfung in der Region, sie tragen auch dazu bei, Energieabhängigkeiten und Energieimporte aus Russland und der krisengeschüttelten Golfregion zu reduzieren. Insbesondere die Bioenergie bietet hier noch ein erhebliches Ausbau- und Nutzungspotenzial. Die Energieagentur berät Ministerien des Landes,

Planer, Betreiber, Investoren, Banken und Sparkassen intensiv in allen Fragen rund um die Bioenergie. Auch zukünftig wird die Bioenergie mit ihren unterschiedlichsten Facetten ein zentrales Thema in der Beratung der Energieagentur bleiben.

Die Beratungsdienstleistungen der Energieagentur wurden 2006 auch außerhalb Schleswig-Holsteins in Anspruch genommen. Bundesministerien, Stiftungen und Unternehmen aus dem Energie- und

Gebäudesanierungsbereich suchten die Energieagentur als erfahrenen Partner und bedachten sie mit Aufträgen zur Entwicklung und Umsetzung energierelevanter Projekte. Zusammen mit einer Vielzahl von Partnern aus anderen EU-Staaten bringt die Energieagentur derzeit in 6 EU-Projekten ihr Know-how und ihre Erfahrung ein. Dabei unterstützt die Energieagentur das Land bei der Wahrnehmung seiner energiepolitischen Interessen in der Ostseekooperation.

Projekte und Dienstleistungen 2006 in T €



Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Das Team Öffentliche Infrastruktur versteht sich – über die Prüfung und Begleitung von ÖPP-Ansätzen hinaus – als Partner in allen Fragen organisatorischer und finanzieller Optimierungen im Bereich öffentlicher Infrastruktur. Das Team unterstützt die öffentlichen Kunden von der Ideen- und Entscheidungsfindung über die Konzeptentwicklung und Markterkundung bis hin zur Umsetzung von Projekten einschließlich der Untersuchung spezifischer Risiken, der Finanzierungsstrukturierung sowie der Führung von Wirtschaftlichkeitsnachweisen.

Den Schwerpunkt der Aufgabenstellung bildete auch im Jahr 2006 die Verantwortung des „ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes“. Der bundesweite Erfahrungsaustausch zu öffentlich-privaten Partnerschaften im Rahmen der verschiedenen Arbeitsgruppen des Bundes und der Länder wurde auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Gemeinsam mit der ÖPP-Task-Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und in enger Abstimmung mit den ÖPP-Kompetenzzentren sowie den Förderbanken anderer Bundesländer wurde die Entwicklung geeigneter und praxisnaher



Verfahrensstandards in 2006 nachhaltig vorange-
trieben. Auf dieser Basis konnte das Umfeld für
langfristig angelegte öffentlich-private Partner-
schaften bzw. deren erfolgreiche Etablierung in
Deutschland weiter verbessert werden.

Vor dem beschriebenen Hintergrund verzeichnet
die IB ein sich weiter sehr dynamisch entwi-
ckelndes Interesse seitens der Kommunen an der
Prüfung und Entwicklung von ÖPP-Konzepten.
Dank der Initiative des Landes, die Beratungslei-
stungen des ÖPP-Kompetenzzentrums für ausge-
wählte Pilot-Vorhaben im Rahmen der vorberei-
tenden Maßnahmen (Konzeptentwicklung, Wirt-
schaftlichkeitsuntersuchung und Markttest) finan-
ziell zu unterstützen, konnte eine Reihe von viel-
versprechenden Projekten auf ihre ÖPP-Eignung
und Wirtschaftlichkeit hin untersucht werden. Ins-
gesamt stieg der Provisionserlös des Bereiches
auf 865 (Vj. 380) T €. Damit wurde aber auch der
Boden bereitet für eine künftig generell stärkere
Ausrichtung von kommunalen Investitionsent-
scheidungen auf der Basis ganzheitlicher Wirt-
schaftlichkeitsbetrachtungen, die sowohl Folge-
kosten als auch die Bewertung von Risiken und
eine adäquate Risikoversorge berücksichtigen.

Bei den im vergangenen Jahr – in Zusammenarbeit
mit dem „ÖPP-Koordinierungsteam“ des Landes –
initiierten Pilotvorhaben im Hochbau ist die
Durchführung einer Markterkundung und einer
ganzheitlichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für
den geplanten Schwimmballenneubau der Stadt
Flensburg besonders zu erwähnen. In gleicher

Weise ist die Entwicklung eines geeigneten ÖPP-
Konzeptes im Rahmen einer ganzheitlichen Wirt-
schaftlichkeitsuntersuchung für die Sanierung der
Freiherr-vom-Stein-Schule der Stadt Neumünster
hervorzuheben. Der Teilnahmewettbewerb für das
Vergabeverfahren startete im Dezember 2006.

Die Unterstützung des Konzeptes von „Regionalen
Bildungszentren“ in Verbindung mit geeigneten
ÖPP-Modellen stellt einen weiteren Schwerpunkt
der Tätigkeiten des ÖPP-Kompetenzzentrums in
2006 dar. Eines der herausragenden Projekte ist
die Neugestaltung der Beruflichen Schulen Kiel. Das
Vorhaben gehört zu den ausgewählten Pilot-
Projekten auf Bundesebene.

Ein weiteres sich zunehmend dynamisch entwi-
ckelndes Feld im Bereich öffentlich-privater Part-
nerschaften stellen der Bau und die Unterhaltung
von Straßen im Rahmen von Konzessions- und
Betreibermodellen dar. Das Team Öffentliche In-
frastruktur gehört zu den Kernkompetenzträgern
dieses Segmentes in Deutschland und unterstützt
derzeit bereits intensiv Bund und Länder in der
Umsetzung von Pilot-Modellen. Auch seitens der
Kommunen stellt der Einsatz von ganzheitlichen
Betreibermodellen eine ernstzunehmende Option
im Zusammenhang mit den angestrebten Effi-
zienzsteigerungen dar. In Schleswig-Holstein
stehen die Voruntersuchungen zu einem ÖPP-Pilot-
vorhaben im Kreis Dithmarschen kurz vor dem Ab-
schluss. Wie bereits in den vergangenen Jahren
unterstützte die IB weiterhin die vorbereitenden
Untersuchungen des Bundes für eine „Feste
Fehmarnbelt-Querung“.

EU-Förderung / Euro Info Centre

Die Investitionsbank unterstützt mit dem Euro Info Centre (EIC) die schleswig-holsteinischen Kommunen und die Wirtschaft gezielt darin, die Vorteile des Binnenmarktes effektiver zu nutzen. So stellt sie ihnen eine breite Angebotspalette von EU-Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen zur Verfügung.

Das EIC stand auch 2006 schleswig-holsteinischen Kommunen mit Beratungs- und Informationsangeboten zu EU-relevanten Themen zur Seite. Die kommunalen Kunden sind mit 200 Beratungen eine wichtige Zielgruppe der EU-Beratungsstelle. Insgesamt führte das EIC über 1.000 Beratungen, insb. über die Beantragung von EU-Fördermitteln, durch. Im Mittelpunkt standen die Programme für die Bereiche Umwelt, erneuerbare Energien, Forschung und Informationstechnologien sowie Städtepartnerschaften.

Ein Höhepunkt des Jahres war die internationale Halbzeitkonferenz des INTERREG IIC Projektes FinNetSME, die am 23. März 2006 unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten mit 150 Teilnehmern im Haus der Wirtschaft stattfand. Es war die erste INTERREG-Konferenz dieser Größenordnung in Schleswig-Holstein.

Ein weiteres herausragendes Ereignis war die schleswig-holsteinische Auftaktveranstaltung zum 7. Forschungsrahmenprogramm, die das EIC am 16. November 2006 mit mehr als 200 Teilnehmern aus Hochschulen, Unternehmen und Wirtschaftsfördereinrichtungen im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein durchführte. Fachreferenten aus Brüssel und von nationalen und regionalen Beratungsstellen informierten über die Teilnahmemöglichkeit an der europäischen Forschungsförderung.

Ausblick

Auch in Zukunft – z. B. im Zusammenhang mit neuen Herausforderungen im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform – wird die IB ihre öffentlichen Kunden mit maßgeschneiderten Beratungsleistungen und Finanzierungskonzepten unterstützen. Unser Motto bleibt die Begleitung des Wandels kommunaler Strukturen. Als Ansprechpartner stehen unsere kommunalen Kundenbetreuer zur Verfügung. Die Spezialisten unserer Teams Öffentliche Infrastruktur und Energieagentur werden entsprechend der Aufgabenstellung eingebunden.

Die Optimierung der Finanzierung im Rahmen von ÖPP-Vorhaben mit adäquater Risikostrukturierung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Belange des Mittelstandes wird im Fokus der Tätigkeiten des kommenden Jahres stehen. Darüber hinaus sind Regionalkonferenzen und Fachforen in Planung, um den Dialog mit den Partnern zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit fortzusetzen.

Die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben, die von herausragender Bedeutung für das Land sind, wollen wir zusammen mit unseren Bankenpartnern gezielt ausbauen.

Bundesförderung

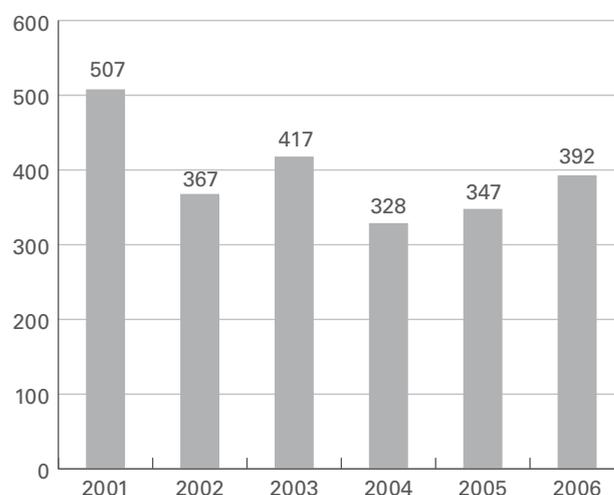
Deutliche Steigerung des Neugeschäftes

Im Rahmen unserer Zentralbankfunktion verzeichnete das Neugeschäft des Bereiches einen guten Zuwachs von 13 Prozent. Es stieg 2006 um 45 Mio. € auf 392 (Vj. 347) Mio. €. Motor unserer Neugeschäftserhöhung waren die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung von wohnwirtschaftlichen Investitionen. Hervorzuheben ist neben der Finanzierung allgemein wohnwirtschaftlicher Investitionen (KfW-Wohneigentumsprogramm) die Finanzierung sowohl von energetischen Investitionen wie z.B. Wärmedämmungen, Austausch von Heizungen oder von Fenstern (KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm) als auch von Modernisierungs- und CO₂-Minderungsmaßnahmen im Wohnungsbestand (Förderprogramm Wohnraum Modernisieren der KfW). Die Initiative der Bundesregierung „Wohnen und Wachstum“ fand ihren Ausdruck in der Gestaltung sehr attraktiver Konditionen der Förderprogramme, was zu einer hohen Akzeptanz bei Eigentümern von Immobilien führte.

51 (Vj. 60) Prozent unseres Neugeschäftes entfiel auf das gewerbliche Geschäft, 39 (Vj. 27) Prozent auf den Immobilienbereich und 10 (Vj. 13) Prozent auf den von der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR), Frankfurt am Main, refinanzierten landwirtschaftlichen Sektor. Im gewerblichen Geschäft dominierten neben der Finanzierung allgemeiner Investitionen in das Anlagevermögen (Förderprogramm Unternehmerkredit der KfW) Finanzierungen von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen (ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm der KfW, KfW-Umweltprogramm). Insgesamt setzten die Sparkassen im gewerblichen Geschäft aufgrund hoher eigener Liquidität in etwas verringertem Maße Fördermittel ein.

Per 31. Dezember 2006 gewährten wir 26 Sparkassen (Vj. 27) Fördermittel der KfW und LR. Die Anzahl der Sparkassen nahm fusionsbedingt ab. Darüber hinaus refinanzierten wir – zum Teil mit KfW-Mitteln – 2 (Vj. 3) mit der IB kooperierende

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. €



Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Zu diesen gehört auch die Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG, s. S. 24). Außerdem leiteten wir an die MBG Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikofonds für Schleswig-Holstein (s. S. 21) weiter.

Das Durchleitungsgeschäft zu den Bundesförderinstituten ist unverändert als kleinteilig zu bezeichnen, da 73 (Vj. 62) Prozent der Stückzahlen dem

Immobilienbereich zuzurechnen sind. 18 (Vj. 25) Prozent entfallen auf das großteiligere gewerbliche Geschäft, 9 (Vj. 13) Prozent auf den landwirtschaftlichen Sektor.

Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre (Abbildung s. S. 42) zeigt unverändert, dass sich der Einsatz von Bundesfördermitteln auf einem Niveau von 350 bis 400 Mio. € stabilisiert hat.

Erfreulicher Anstieg der Darlehensbestände

Der Stichtagsbestand betrug per 31. Dezember 2006 2,189 (Vj. 2,068) Mrd. €. Er wuchs damit erstmals seit vier Jahren deutlich um 121 Mio. €. Leichte Zinssteigerungen und damit verbunden

die Reduzierung außerordentlicher Tilgungen ermöglichten bei uns eine Trendwende und führten zusammen mit einem guten Neugeschäft zu einer Bestandserhöhung.

Produktinnovation: IB.Global Mittelstand eingeführt

Parallel zur Einbringung der Bundesförderung in den neuen Geschäftsbereich Kreditinstitute/Spezialfinanzierungen haben wir im Jahr 2006 das Globaldarlehen IB.Global Mittelstand in den Markt eingeführt und erste Umsätze von 10 Mio. € erzielt.

Mit dem IB.Global Mittelstand erhält eine Bank oder Sparkasse ein Darlehenskontingent von der IB. Daraus gibt die Bank oder Sparkasse diverse Darlehen an Unternehmen der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft zur mittel- und langfristigen Finanzierung von Investitionen.

Zu den Vorteilen des IB.Global Mittelstand:

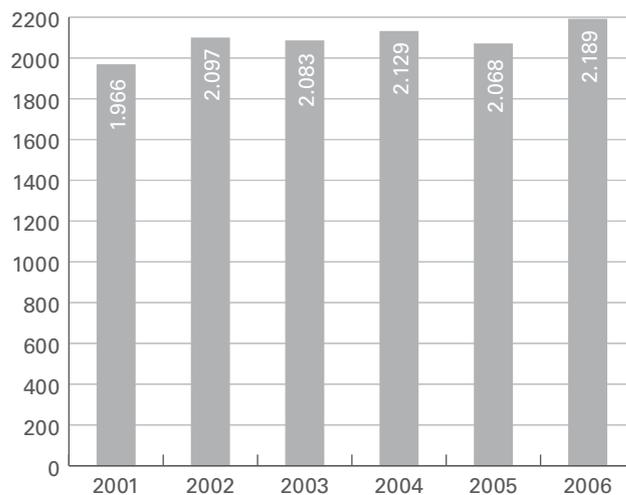
- ▶ Die Gewährung des Globaldarlehens erfolgt sehr schnell und unbürokratisch.
- ▶ Zur Reduzierung von Formalitäten trägt u.a. bei, dass von der Bank oder Sparkasse keine Anträge für die Vergabe einzelner Darlehen gestellt werden müssen. Es reicht die Übersendung einer einfachen nachträglichen Übersicht, aus der die Darlehensvergaben hervorgehen.
- ▶ Die Bank oder Sparkasse erhält weitestgehende Flexibilität bei der Gestaltung ihrer Darle-

hensverträge mit dem Enddarlehensnehmer, z.B. bei den Tilgungsvereinbarungen.

- Die Bank oder Sparkasse erhält von uns exzellente Zinskonditionen, die unser Haus auf Grund unserer sehr guten Bonität von der KfW erhält. Über das risikogerechte Zinssystem der KfW werden diese Zinskonditionen dem Risiko und den Sicherheiten entsprechend an die Enddarlehensnehmer weitergeleitet.

So erhalten mittelständische Unternehmen maßgeschneiderte Darlehen mit besten Zinskonditionen.

Entwicklung der Stichtagsbestände in Mio. €



Ausblick 2007

Für das Jahr 2007 erwarten wir auch aufgrund der Zinsentwicklung ein steigendes Interesse der Banken und Sparkassen, sich mittel- bis langfristig zu refinanzieren. Wir gehen daher davon aus, das IB.Global Mittelstand erfolgreich bei Banken und Sparkassen platzieren zu können. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Initiative „Wohnen und Wachstum“ auch 2007 fortsetzen zu wollen.

Wir erwarten auch weiterhin eine hohe Einsatzfreude bei KfW-Immobilienprodukten. Von den gewerblichen Förderprogrammen der KfW und den landwirtschaftlichen Förderprogrammen der LR erhoffen wir ungebrochenen Zuspruch. Insgesamt gehen wir von einem Neugeschäft aus, das über dem des Jahres 2006 liegen wird.



EU-Förderprogramme im Ostseeraum

Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood Programme: neunte Ausschreibungsrunde und Vorbereitung der neuen Förderperiode

Seit 2001 unterstützt das europäische Nachbarschaftsprogramm INTERREG III B Ostseeraum die transnationale Zusammenarbeit von Ostseeregionen. In gemeinsamen Projekten verwirklichen Partner der Ostseerainer Ideen zur Raumplanung und Regionalentwicklung mit dem Ziel, die Zukunftsperspektiven und Lebensbedingungen im Ostseeraum zu verbessern. Die IB übernimmt dabei die Rolle der gemeinsamen Verwaltungsbehörde und Zahlstelle im Auftrag der beteiligten EU-Mitgliedstaaten. Sie ist überdies Trägerin der Programmsekretariate in Rostock und Riga (Lettland) mit 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Im Jahr 2006 wurden keine weiteren Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) vergeben, da der Lenkungsausschuss eine vollständige Mittelbindung in seiner Tagung im Dezember 2005 beschlossen hatte. Insgesamt betreute INTERREG III B 120 durch den EFRE geförderte Projekte, von denen 51 ihre Arbeit zum Jahresende abschlossen. Die Höhe der bewilligten Fördermittel beläuft sich auf 121,3 Mio. € – davon 0,6 Mio. € als Startkapital zur Weiterentwicklung von Projektideen. Die norwegischen Projektpartner werden mit insgesamt 5,4 Mio. € aus Norwegen gefördert.

Im Spätsommer 2006 erfolgte eine zusätzliche Bewerbungsrunde zur Vergabe der zwischenzeitlich zur Verfügung gestellten Tacis-Mittel, mit denen

Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood Programme: gebundene Mittel – EFRE, Norwegen, TACIS

| Bewerbungsrunde | Fördermittel | | | | | | | |
|-----------------|--------------|--------------|-----------|------------|-----------|------------|------------|--------------|
| | EFRE | | Norwegen | | TACIS | | GESAMT | |
| | Projekte | Mio. € | Projekte | Mio. € | Projekte | Mio. € | Projekte | Mio. € |
| 1 | 6 | 5,8 | 2 | 0,50 | - | - | 6 | 6,3 |
| 2 | 21 | 20,9 | 5 | 1,99 | - | - | 21 | 22,9 |
| 3 | 16 | 11,5 | 9 | 1,43 | - | - | 16 | 12,9 |
| 4 | 6 | 5,5 | 2 | 0,46 | - | - | 6 | 5,9 |
| 5 | 19 | 20,9 | 10 | 0,64 | - | - | 19 | 21,5 |
| 6 | 15 | 16,6 | 5 | 0,19 | 4 | 0,7 | 15 | 17,6 |
| 7 | 17 | 22,6 | 2 | 0,14 | 3 | 0,5 | 17 | 23,3 |
| 8 | 20 | 16,8 | - | - | 17 | 2,5 | 20 | 19,3 |
| 9 | 0 | - | - | - | 9 | 3,3 | 9 | 3,3 |
| Hauptprojekte | 120 | 120,7 | 35 | 5,4 | 33 | 7,1 | 129 | 133,1 |
| Startkapital * | 91 | 0,6 | 5 | 0,03 | - | - | 91 | 0,7 |
| GESAMT | 211 | 121,3 | 40 | 5,4 | 33 | 7,1 | 220 | 133,8 |

Stand: 31. Dezember 2006

*zur Weiterentwicklung von Projektideen

die EU-Projekte in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion kofinanziert werden. Um diese Fördergelder konnten sich Partner aus Russland und Weißrussland gemeinsam mit Partnern der EU bewerben. In den neun Projekten, die der Lenkungsausschuss im Dezember 2006 genehmigte, wurden alle zur Verfügung stehenden Tacis-Mittel gebunden. Im Gegensatz zu den regulären Projekten war in der nunmehr neunten Bewerbungsrunde das Programmsekretariat nur in die Bewerbungs- und Auswahlphase involviert. Die Verträge und Fortschrittsberichte obliegen den Delegationen der Europäischen Kommission für Russland und Weißrussland. Diese betreuen nun insgesamt 33 durch Tacis geförderte Projekte – 24 davon gemeinsam mit den INTERREG Programmsekretariaten. Die Höhe der bewilligten Tacis-Fördermittel beläuft sich auf 7,1 Mio. €.

Eine der Hauptaufgaben im Jahr 2006 war die Vorbereitung der neuen Förderperiode 2007–2013. Die IB wird auch für das Folgeprogramm „Baltic Sea Region Programme 2007–2013“ als Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde sowie Trägerin des Programmsekretariats in Rostock und Riga für die ordnungsgemäße Programmumsetzung zuständig sein. Voraussichtlich im März 2007 wird das gemeinsame Programmkomitee den endgültigen Entwurf des Programmdokuments verabschieden, der nach Bewilligung der Regierungen der beteiligten Mitgliedstaaten im Mai 2007 der Europäischen Kommission zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

INTERREG III A:

Programmperiode verlief planmäßig

In den beiden Förderprogrammen INTERREG III A Nord und INTERREG III A Süd sind in 2006 nach der vierten Antragsrunde praktisch alle verfügbaren EFRE-Mittel (18,3 Mio. €) an insgesamt 86 Projekte vergeben. Somit befinden sich die beiden Programme im Plan und konzentrieren sich nun in der zweiten Hälfte hauptsächlich auf die Umsetzung bzw. in vielen Fällen bereits auf den Abschluss der genehmigten Projekte. Die beiden INTERREG III A Programme sind in die Verwaltungsstrukturen des INTERREG III B Ostseeraum Programms eingegliedert und liegen somit im Verantwortungsbereich der IB. Ein Mitarbeiter in Rostock ist mit der Finanzabwicklung betraut, fünf weitere Kollegen und Kolleginnen in Riga betreuen die Projektauswahl und begleiten die Umsetzung. Zu den Aufgaben des III A Sekretariats gehört es auch, Projektergebnisse zu sammeln und zu vermarkten. Auch für die beiden III A Programme sind Tacis-Fördermittel für Projektpartner aus Russland und Weißrussland zur Verfügung gestellt worden. Jeweils eine russische und eine weißrussische Ansprechperson des Sekretariats in Riga beraten potenzielle Antragsteller. Die letzten verfügbaren Tacis-Mittel werden voraussichtlich im Rahmen der fünften Bewerbungsrunde Anfang 2007 gebunden – insgesamt wurden 56 Anträge eingereicht.



**INTERREG IIC Nord:
ein Viertel der Projekte bereits abgeschlossen**

Das INTERREG IIC Nord Programm fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und Regionen in der gesamten Europäischen Union. Ziel ist es, die Effizienz und Effektivität regionaler Entwicklungsmaßnahmen und -programme zu verbessern. Die IB betreut dieses Förderprogramm als gemeinsame Verwaltungsbehörde und Zahlstelle seit 2002.

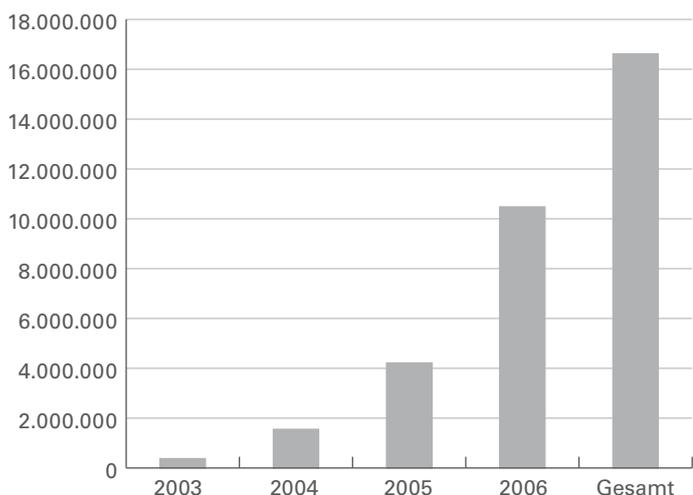
Insgesamt genehmigte der Lenkungsausschuss, der sich aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen sowie Norwegen und Weißrussland zusammensetzt, 35 interregionale Projekte. Die Mehrzahl befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase – neun von ihnen haben Ende 2006 bereits ihr Projektende erreicht – und werden

dabei vom Rostocker Sekretariat durch fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleitet und überwacht.

Das Gesamtvolumen der genehmigten Projekte beträgt 56 Mio. €. Davon werden 32 Mio. € aus dem EFRE kofinanziert. Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach Projektfortschritt. Bis Ende 2006 wurden insgesamt 16,7 Mio. € der zugesagten EFRE-Mittel an die Projekte ausgezahlt.

Zusätzlich koordiniert das Sekretariat in Rostock seit 2004 federführend die Zusammenarbeit zwischen den vier INTERREG IIC Programmzonen. Diese Aktivitäten sind in dem „INTERACT Point IIC Coordination“ zusammengefasst. Für die Durchführung der gemeinsamen Aktivitäten wurden zusätzlich 2,1 Mio. € Fördergelder aus dem EFRE zur Verfügung gestellt.

Geleistete EFRE-Mittel-Auszahlungen an INTERREG IIC Nord Projekte 2003–2006 (EUR)



| Jahr | Betrag (Mio. €) |
|--------|-----------------|
| 2003 | 0,4 |
| 2004 | 1,6 |
| 2005 | 4,2 |
| 2006 | 10,5 |
| Gesamt | 16,7 |

Kulturengagement

Kulturengagement der IB – vielseitig und nachhaltig

Als zentrales Förderinstitut des Landes fördern wir den Standort und seine Entwicklung. Dazu gehören auch die regionale Kunst und Kultur. Unser Kulturengagement hat drei Standbeine: Zum einen unterstützen wir kulturelle Belange in Schleswig-Holstein im Rahmen unserer originären Arbeit, z. B. durch Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege, aber auch durch unsere Beratung und Finanzierung von Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft.

An zweiter Stelle steht das Engagement der IB als Sponsor. Hier sind unsere langjährigen Partnerschaften mit JazzBaltica und dem Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V. zu nennen. In das Jahr 2006 fiel unsere Entscheidung, das Engagement bei JazzBaltica, einem der renommiertesten Jazzfestivals Europas, fortzusetzen. Als EU-Förderinstitut im Ostseeraum ist dies für uns ein besonderes Anliegen. So hat die IB ihren Vertrag als Hauptsponsor bis 2009 verlängert und leistet damit einen Beitrag zur langfristigen Planungssicherheit, die für ein dauerhaft hohes Niveau erforderlich ist.

Nach der guten Zusammenarbeit zwischen Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V. und der Investitionsbank in den vergangenen Jahren sind wir seit 2006 als offizieller Sponsor mit dem Literaturhaus partnerschaftlich verbunden. Wir unterstützen damit die Projekte der landesweiten Literaturvermitt-

lung. Zusätzlich sponserten wir in 2006 wieder eine Vielzahl von regionalen Kulturinitiativen. Eine feste Größe ist darüber hinaus unser IB.Kunstkalender, der in einer Auflage von 2.500 Exemplaren seit 1987 erscheint. Jeweils vier Künstler aus Schleswig-Holstein erhalten so ein attraktives Podium, um sich und ihr Schaffen einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

Als dritten Aspekt unseres Engagements sehen wir das Angebot kultureller Aktivitäten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als integrierten Bestandteil der Unternehmenskultur der Investitionsbank. Der Kulturkreis der IB eröffnet unseren Mitarbeitern die Möglichkeit, sich mit dem Thema Kunst und Kultur auseinander zu setzen und die künstlerischen Belange der IB mitzugestalten. Der Kulturkreis entwickelt Angebote zur Teilnahme an Kulturevents und führt die Veranstaltung „Künstler zum Kennenlernen“ durch, bei der die Künstler unseres IB.Kunstkalenders sich und ihre Arbeit vorstellen.

Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten wollen wir unser Kulturengagement auch weiterhin fortsetzen, um so einen Beitrag zur Förderung der sog. weichen Standortfaktoren Schleswig-Holsteins zu leisten.



Ausschnitt aus „3 Bassgeiger“ von Brigitta Borchert, 35 x 50 cm



Ausschnitt aus „Gespräche beim Ecoforum“ von Tobias Duwe, Öl auf Leinwand, 60 x 50 cm



Jahresabschluss

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1. Wirtschaftliches Umfeld

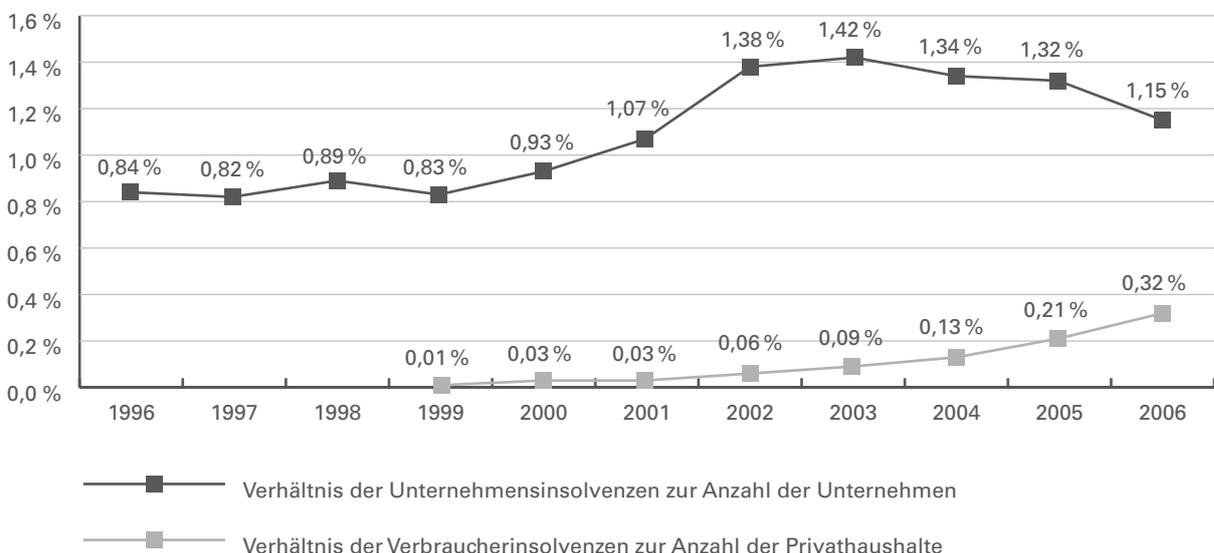
Im Jahr 2006 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit 2,7% (Vj. 0,9%) so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Wachstumsimpulse kamen dabei neben zweistelliger Wachstumsraten im Außenhandel vor allem aus dem Inland. Die Bruttoanlageinvestitionen wuchsen mit 5,3% so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Auch der private Konsum konnte um 0,6% zulegen. Die Konsumausgaben des Staates stiegen um 1,7%.

Im Jahr 2006 wurden in Schleswig-Holstein 1.317 Unternehmensinsolvenzen beantragt. Das sind rd. 5% weniger als im Vorjahr (1.387 Anträge). Dagegen ist bei den Verbraucherinsolvenzen mit 4.330 Anträgen ein deutlicher Anstieg festzustellen (Vj. 2.788). Als Folge dieser Entwicklung reduzierte sich auch die Nettoneuzuführung zu den Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Bereich Wirt-

schaft. Dagegen erhöhte sich im Immobilienbereich die Anzahl der gekündigten Kredite aufgrund beantragter Verbraucherinsolvenzen. Durch geeignete Maßnahmen konnte direkten Auswirkungen auf die Bildung von Einzelwertberichtigungen insgesamt entgegengesteuert werden.

Geldpolitisch stand das abgelaufene Jahr 2006 im Zeichen mehrerer Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) von 2,25% Anfang des Jahres auf 3,5% (Stand: März 2007). Begründet wurden diese Schritte zunächst mit dem aufkommenden Konjunkturoptimismus und den daraus resultierenden Gefahren für die Preisstabilität. Im Jahresverlauf lieferten eine reichliche Liquiditätsausstattung sowie die ungebrochene Kreditnachfrage den Spielraum für weitere Leitzinserhöhungen.

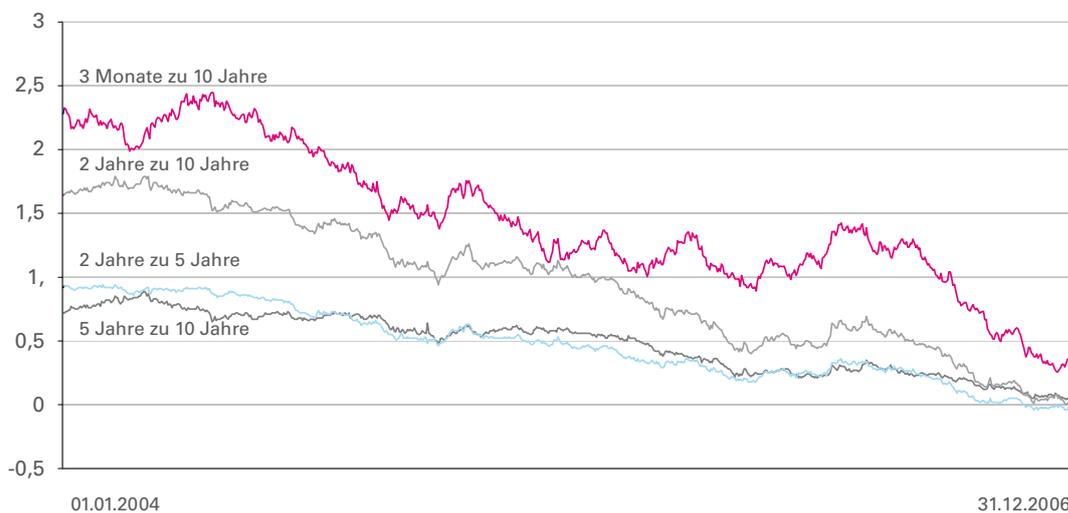
Abb. 1: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1996 bis 2006



Der Kapitalmarkt in der Eurozone war im Jahr 2006 durch drei Aspekte gekennzeichnet: eine Entwicklung hin zu einer ausgesprochen flachen und zum Teil inversen Zinsstruktur (siehe Abb. 2), ein im

historischen Vergleich weiterhin niedriges Zinsniveau sowie eine geringe Schwankungsbreite der Renditen. Insgesamt wurden hierdurch die Möglichkeiten des Treasury erheblich eingeschränkt.

Abb. 2 Spreadentwicklung der Swapzinssätze 2004 bis 2006 in Prozentpunkten



1.2. Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (kurz IB) wurde am 1. Juni 2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹. Ausschließlicher Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Mit dem altersbedingten Ausscheiden eines Mitgliedes des Vorstands wurden die Vorstandsdezerate mit Wirkung zum 01.07.2006 neu geordnet. Weiterhin wurden die Ausschüsse und Kommissionen der IB insbesondere auch in Hinblick auf die Anforderungen der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute“ (MaRisk) neu strukturiert (siehe 6. Risikobericht).

1) § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

Auf Vorschlag des Verwaltungsrates hat die Gewährträgerversammlung eine Änderung der Satzung im Wesentlichen zur Gremienstruktur beschlossen. Diese wurde nach Genehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein am 11.09.2006 im Amtsblatt für Schleswig-Holstein bekannt gemacht und rückwirkend zum 01.07.2006 in Kraft gesetzt. Die aktuelle Fassung der Satzung haben wir in unserem Internetauftritt unter www.ib-sh.de veröffentlicht.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen zur Vorbereitung der Implementierung einer den Anforderungen aus „Basel II“ entsprechenden Meldewesenarchitektur, zur Einführung eines neuen und zukunftsfähigen Wertpapier- und Swapabwicklungssystems sowie für Umbaumaßnahmen zur Schaffung eines hausinternen Konferenz-Centers getätigt. Daneben erfolgten notwendige Ersatzinvestitionen in die Hardware der Bank sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung. Insgesamt betragen die Investitionen in das Anlagevermögen 2,3 Mio. €.

Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung wurde ein neuer IT-Dienstleister ausgewählt. Ziele der Neuvergabe waren neben einer Kostensenkung vor allem die Optimierung der bestehenden Systeme und die Anpassung an die zukünftigen Bedürfnisse der IB.

Die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung („Basel II“) sowie das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) erfolgt im Rahmen eines umfangreichen Projektes.

Die Bank hat hinsichtlich der Umsetzung der Solvabilitätsverordnung, der Groß- und Millionenkreditverordnung und der Liquiditätsverordnung, wie die Mehrzahl der Banken, von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, deren Inkraftsetzung auf den

01.01.2008 zu verschieben. Dies geschieht nicht zuletzt wegen der erforderlichen umfangreichen technischen Anpassungen und Erweiterungen der Meldewesensysteme und der Anwendungen in deren Umfeld.

Zur Optimierung inhaltlicher Zusammenhänge und Prozesse hat der Bereich Förderprogramme im abgelaufenen Geschäftsjahr die Aufgaben aus der Städtebauförderung an den Bereich Immobilien abgegeben. Zum 01.06.2006 wurde der neue Vertriebsbereich „Kreditinstitute/Spezialfinanzierungen“ eingerichtet. Mit diesem Schritt werden die Aktivitäten bei den Kreditinstituten sowie bei den Fondsprodukten gebündelt. Im Bereich Wirtschaft wurden die Zuständigkeiten der Firmenkundenbetreuer neu organisiert.

Im Rahmen der Entwicklung neuer Produkte und Märkte wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 9 neue Produkte bzw. Märkte in die Linientätigkeit, weitere 5 Produkte in die Testphase übergeben.

Zum 31.12.2006 beschäftigte die IB 228 Mitarbeiterinnen und 182 Mitarbeiter (insg. 410, Vj. 402), davon 319 Vollzeit- (Vj. 310) und 91 Teilzeitkräfte (Vj. 92). In den Beschäftigtenzahlen enthalten sind der Vorstand sowie 14 (Vj. 15) Auszubildende und Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 43,8 Jahren (Vj. 42,8), die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 15,4 Jahre (Vj. 14,4).

Im Jahr 2006 konnten wir wiederum unsere Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung in Beschäftigungsverhältnisse übernehmen. Im Rahmen unserer bedarfsgerechten Ausbildung ersetzen diese Kolleginnen und Kollegen, die in den Ruhestand verabschiedet wurden. Die IB bildet derzeit in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts (Dipl. Betriebswirt/Berufsakademie) und Bachelor of Science (Dipl. Wirtschaftsinformatiker/Berufsakademie) aus. Die Ausbildung wird durch

Kooperationen mit der HSH Nordbank AG und der Förde Sparkasse unterstützt. Zudem stellt die IB Arbeitsplätze für Rechtsreferendare sowie Praktikantenplätze für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler bereit. Um dem wachsenden Stellenwert des Internet zu entsprechen, haben wir für Bewerbungen eine eigene Anschrift „jobs@ib-sh.de“ eingerichtet. Zudem beinhaltet unser Internetauftritt stets aktuelle Jobangebote.

Im abgelaufenen Jahr hat die IB die Förderung von Potenzialträgern weiter vorangetrieben. In Zusammenarbeit mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein erhält dieser Personenkreis eine modular aufgebaute Förderung über ein Jahr. Zu den Maßnahmen zählen neben einem Assessment-Center und mehreren Workshops auch die Übernahme von Projektarbeit.

In 2006 haben über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diversen Maßnahmen zur fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung teilgenommen. Durch eine hohe Qualifikation und Lernbereitschaft konnten die an uns gestellten Aufgaben erfolgreich gelöst werden. Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete

Arbeit, dem Personalrat, der die Belange der Bank konstruktiv und pragmatisch begleitet und unserer Gleichstellungsbeauftragten für ihr ehrenamtliches Engagement.

Im Rahmen der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ beteiligt sich die IB an den Initiativen des Landes Schleswig-Holstein und der Landeshauptstadt Kiel. Mit den Angeboten von Teilzeitmodellen, Heimarbeitsplätzen, Essen zum Mitnehmen kommt die IB den Bedürfnissen der Beschäftigten weitgehend nach.

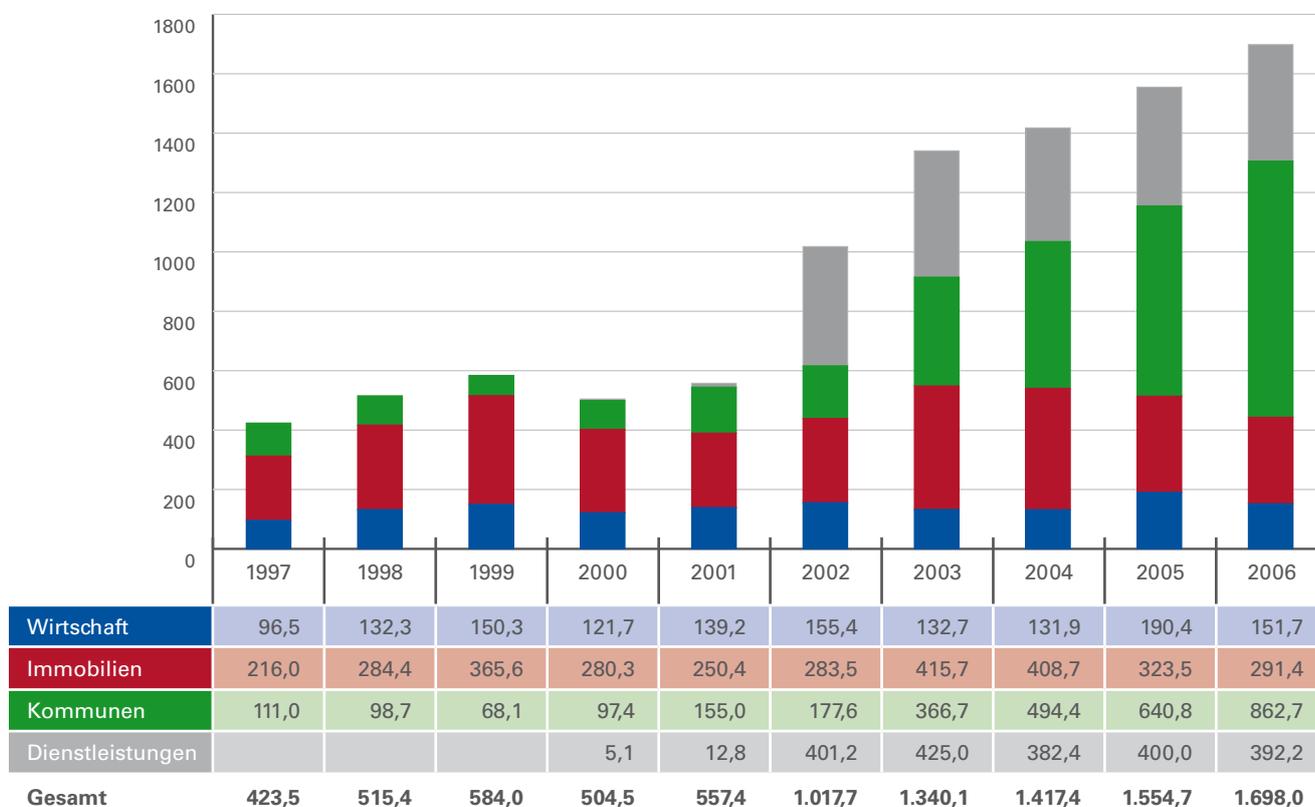
Im August 2006 trat das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) in Kraft. Schon während des Gesetzgebungsverfahrens haben wir uns intensiv mit den Auswirkungen auf die Personalarbeit und das Kundengeschäft befasst. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde der Personalbereich zertifiziert und ab Beginn des Jahres 2007 nehmen sämtliche Beschäftigte der Bank an einer Online-Schulung teil, die nach einer bestandenen Prüfung mit einem Zertifikat abschließt. Darüber hinaus wurde im Bereich Recht eine Beschwerdestelle eingerichtet.

1.3. Geschäftsverlauf

Die Marktbereiche der IB sind in die Sparten Immobilien, Wirtschaft und Kommunen unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst. In der Sparte Wirtschaft wird die Förderung der gewerblichen Wirtschaft inkl. der Agrarförderung ausgewiesen. Die Sparte Immobilien umfasst die Förderung des privaten und gewerblichen Immobilienbereichs und die Städtebauförderung sowohl im Rahmen der allgemeinen als auch der sozialen Wohnraumförderung. Die

Sparte Kommunen beinhaltet die Förderung und Finanzierung von Kommunen und kommunalen Unternehmen. Im Rahmen der EU-Förderung übernimmt die IB die Funktion der gemeinsamen Verwaltungsbehörde und Zahlstelle für die INTERREG-Programme III B und III C der Europäischen Union und der Ostseeanrainerstaaten. Diese sowie das Geschäft der Bundesförderung werden in der Sparte Dienstleistungen abgebildet.

Abb. 3: Neugeschäftsentwicklung 1997 bis 2006 nach Sparten in Mio. €



Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung der Fördertätigkeit der IB. Im Geschäftsjahr 2006 wurde in den oben genannten Sparten ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 1.698,0 Mio. € erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (1.554,7 Mio. €) von rd. 9%. Der Förderbestand zum 31.12.2006 erhöhte sich auf 9,82 Mrd. € (Vj. 8,99 Mrd. €). Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 89% auf Darlehen und Bürgschaften sowie 11% auf Zuschüsse und Vorauszahlungen.

Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 151,7 Mio. € (Vj. 190,4 Mio. €). Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von 9% (Vj. 12%). Ein wesentlicher Träger des Neugeschäfts waren geförderte Investitionen im Bereich der regenerativen Energien. Dagegen

wurden insbesondere im Rahmen der Existenzgründungen und der Refinanzierung von Beteiligungsgesellschaften deutlich weniger Darlehen als im Vorjahr bewilligt. Daneben ist festzustellen, dass Finanzierungsabfragen größer und komplexer werden und dadurch erst mit zeitlicher Verzögerung bestandswirksam werden.

Landwirtschaftliche Betriebe wurden im Geschäftsjahr 2006 als weitere Zielgruppe aufgenommen. Bis auf die Sonderdarlehen kommt die gesamte Produktpalette des Bereiches Wirtschaft zum Einsatz. Auch bei diesen Engagements kooperiert die IB mit den regionalen Hausbanken.

Um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen mit geringem Finanzierungsbedarf den Zugang zum Kreditmarkt zu erleichtern, wurde Ende 2005 mit Unterstützung aus dem Schleswig-

Holstein-Fonds der Landesregierung das Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ aufgelegt. Mit der Anpassung der Programmbedingungen und einer verstärkten Ansprache dieses Produktes bei Hausbanken, Mentoren und Beratern verzeichnen wir hier einen verstärkten Auftragseingang.

Ebenfalls im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds wurde unter Mitbeteiligung der IB ein Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up-Unternehmen bereitgestellt. Hierbei fungiert die IB im Wesentlichen als Risikopartner. Der Vertrieb läuft vorrangig über die Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) sowie die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH).

Der in Zusammenarbeit mit der MBG und dem Land Schleswig-Holstein unter Einbindung von Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) aufgelegte regionale Beteiligungsfonds erfreute sich einer regen Nachfrage. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 21 (Vj. 24) Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere in strukturschwachen Regionen entsprechend der EFRE-Förderrichtlinien der EU eingegangen.

In der Förderberatung war bei den Existenzgründungsinteressierten ein dem Bundestrend entsprechender Rückgang um rd. 6% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, während bei bereits bestehenden Unternehmen eine Zunahme um rd. 13% gegenüber dem Vorjahr festzustellen war. Die Zahl der Beratungsleistungen stieg insgesamt um 5% auf 2.837 (Vj. 2.702). Daneben wurden im Geschäftsjahr 107 (Vj. 98) dezentrale Informationsveranstaltungen durchgeführt. Im Rahmen des Projekts „JUNIOR – Schüler als Manager“ betreut die IB in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln befristet Schülerunternehmen. Den Schülerinnen und Schülern werden hierbei wirtschaftliche Zusammenhänge nahe gebracht sowie die berufliche Selbständigkeit ins Blickfeld gerückt.

In der Sparte **Immobilien** wurde ein Neugeschäftsvolumen von 291,4 Mio. € (Vj. 323,5 Mio. €) erzielt. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 17% (Vj. rd. 21%).

Im Mengengeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung wurde das Geschäftsjahr 2006 geprägt durch massive Veränderungen der Marktsituation. Die zunehmende Risikobereitschaft anderer Marktteilnehmer sowie die Zunahme der auf dem Markt agierenden Anbieter führten zu einem spürbaren Margenverfall. Zudem beförderte die ab 2006 ersatzlos entfallene Eigenheimzulage bis dato den Absatz unserer Finanzierungsprodukte. Der für das erste Halbjahr erwartete Nachlauf aus der Kapitalisierung der Eigenheimzulage trat nicht im prognostizierten Maße ein. Die mit dem Ersatzprodukt erzielten Förderziele stellten sich erst mit zeitlicher Verzögerung ein. Die eingangs erwähnte zunehmende Risikobereitschaft der Marktteilnehmer führte häufig dazu, dass nachrangige Ergänzungsdarlehen der IB nicht in die Finanzierungskonzepte unserer Bankpartner eingearbeitet wurden. Insgesamt blieb das Neugeschäft in diesem Segment deutlich hinter unseren Erwartungen zurück.

Die Förderprogramme der KfW für den Eigentumsbereich wurden im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres hervorragend nachgefragt.

Zugeschnitten auf private Eigentümer von Mietwohnungen wurde im zweiten Quartal ein neues Modernisierungsdarlehen eingeführt. Auf Grundlage der „Grundsätze zur Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in städtischen Mietwohnungen und der Förderung der städtebaulichen Denkmalpflege“ im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds gewährt das Land Schleswig-Holstein hierbei dem Darlehensnehmer bei entsprechendem Verwendungsnachweis einen 10-%igen Teilschulderlass.

Im Individualgeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung verstärkte sich der bereits im Vorjahr festzustellende Trend zu zunehmend komplexeren

Finanzierungsfällen. Dies führt im Ergebnis dazu, dass Finanzierungsmittel bereits frühzeitig eingeplant werden müssen, die zinswirksame Inanspruchnahme jedoch erst mit zum Teil großer Verzögerung erfolgt. Große Projekte sowie die teilweise extrem günstigen Kreditbedingungen der KfW trugen in diesem Segment zu einem Neugeschäft über dem Vorjahr bei.

In der sozialen Wohnraumförderung erfolgte die Inanspruchnahme der zur Verfügung stehenden Mittel im gesamten Geschäftsjahr schleppend. Die eingeschränkte Attraktivität der Mittel resultierte insbesondere aus dem niedrigen Zinsniveau des Kapitalmarktes und bezüglich des Individualgeschäfts aus der mit der Inanspruchnahme verbundenen Belegungs- und Mietpreisbindung.

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 862,7 Mio. € (Vj. 640,8 Mio. €). Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäftsvolumen erhöhte sich auf rd. 51 % (Vj. 41 %). Wie auch bereits im Vorjahr ist dieser deutliche Anstieg überwiegend auf das Kommunalkreditgeschäft zurückzuführen. Dieses entfiel insbesondere auf kleine Kommunen mit geringen Kreditbeträgen. Weiterhin konnte die IB ihren ganzheitlichen Beratungsansatz auf dem Gebiet der kommunalen Infrastruktur durch die Einrichtung des Bereiches „Öffentliche Infrastruktur“, in dem auch das Kompetenzzentrum für Öffentlich-private-Partnerschaften (ÖPP) sowie die Energieagentur angesiedelt sind, weiter festigen.

Bei der Energieagentur lagen die Schwerpunkte der Tätigkeit im Bereich Effizienzsteigerung und Einsparung von Energie sowie in der Nutzung regenerativer Energiequellen. Die Beratungsleistungen wurden dabei auch außerhalb Schleswig-

Holsteins von Bundesministerien, Stiftungen und Unternehmen aus dem Energie- und Gebäudesanierungsbereich in Anspruch genommen. Darüber hinaus bringt die Energieagentur ihr Know-how im Rahmen von derzeit 6 EU-Projekten ein.

Dagegen hielt der sich bereits in den vergangenen Jahren abzeichnende Trend eines Rückgangs der Zuschussprogramme im kommunalen Bereich auch in 2006 weiter an. Die neuen strukturfonds-basierten Landesprogramme haben eine stärkere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Ausrichtung.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 392,2 Mio. € (Vj. 400,0 Mio. €). Diese entfallen vollständig auf den Bereich Bundesförderung (Vj. 347,3 Mio. €). Die deutliche Steigerung ist insbesondere auf die stärkere Nachfrage der Sparkassen nach Förderprogrammen der KfW im privaten Wohnungsbau zurückzuführen. Daneben konnten erstmalig Globaldarlehen an Kreditinstitute platziert werden.

Bei den INTERREG-Programmen gab es aufgrund der 2005 ausgelaufenen Programmperiode lediglich für die im Rahmen von INTERREG III B zwischenzeitlich bereitgestellten EU-Mittel zur Unterstützung der Länder Osteuropas und Zentralasiens (TACIS) eine Bewerbungsrunde in 2006. In 9 Projekten, die der Lenkungsausschuss im Dezember 2006 genehmigte, wurden alle zur Verfügung stehenden zusätzlichen TACIS-Mittel gebunden.

Insgesamt beträgt der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen 23 % (Vj. 26 %).

2. Ertragslage

Das Geschäftsergebnis der IB zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 4: Ergebnisentwicklung 2003 bis 2006 in Mio. €

| | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Zinsüberschuss | 49,7 | 56,4 | 57,9 | 58,0 |
| Provisionsüberschuss | 2,0 | 2,0 | 2,6 | 2,5 |
| sonstiger betrieblicher Überschuss | 9,0 | 6,8 | 8,6 | 11,7 |
| Summe der Erträge | 60,7 | 65,2 | 69,1 | 72,2 |
| Personalaufwendungen | -21,7 | -23,5 | -25,1 | -25,8 |
| andere Verwaltungsaufwendungen | -12,5 | -12,4 | -12,6 | -12,6 |
| Abschreibungen | -1,0 | -1,0 | -1,3 | -1,6 |
| Summe der Aufwendungen | -35,2 | -36,9 | -39,0 | -40,0 |
| Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten | 25,5 | 28,3 | 30,1 | 32,2 |
| Risikovorsorge/Bewertung | -24,1 | -23,4 | -28,4 | -25,8 |
| Sondereffekte | 3,6 | 0,0 | 3,4 | -0,5 |
| Jahresüberschuss | 5,0 | 4,9 | 5,1 | 5,9 |

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position ausgewiesen.

Der Zinsüberschuss im Kreditgeschäft entwickelte sich auch im Geschäftsjahr 2006 wie erwartet steigend. Hingegen konnten im Treasury aufgrund der beschriebenen Kapitalmarktentwicklung (siehe 1.1. Wirtschaftliches Umfeld) im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Zinserträge generiert werden. Insgesamt lag der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2006 hierdurch mit 58,0 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (Vj. 57,9 Mio. €).

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen sowie Erträge aus der Beteiligung an der NordwestLotto GmbH & Co. KG in Höhe von 5,0 Mio. € (Vj. 3,4 Mio. €).

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Zuge des erforderlichen Stellenaufbaus sowie der tariflichen Entwicklung planmäßig. Die Abschreibungen erhöhten sich im Wesentlichen durch Investitionen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Vor Risikovorsorge und Bewertung sowie Sondereffekten wurde ein Ergebnis in Höhe von 32,2 Mio. € (Vj. 30,1 Mio. €) erzielt.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoertragszuflüsse zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, den Vorsorge-reserven nach 340f HGB sowie Nettoerträge aus der Auflösung im Fonds für Zinsausgleich. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den geringeren Risikovorsorgebedarf aufgrund der konjunkturellen Entwicklung zurückzuführen.

Die Sondereffekte beinhalten Zinserträge aus der Auflösung von derivativen Zinssteuerungsinstrumenten aufgrund geänderter Bonitätseinschätzung, Aufwendungen aus bewertungsbedingten

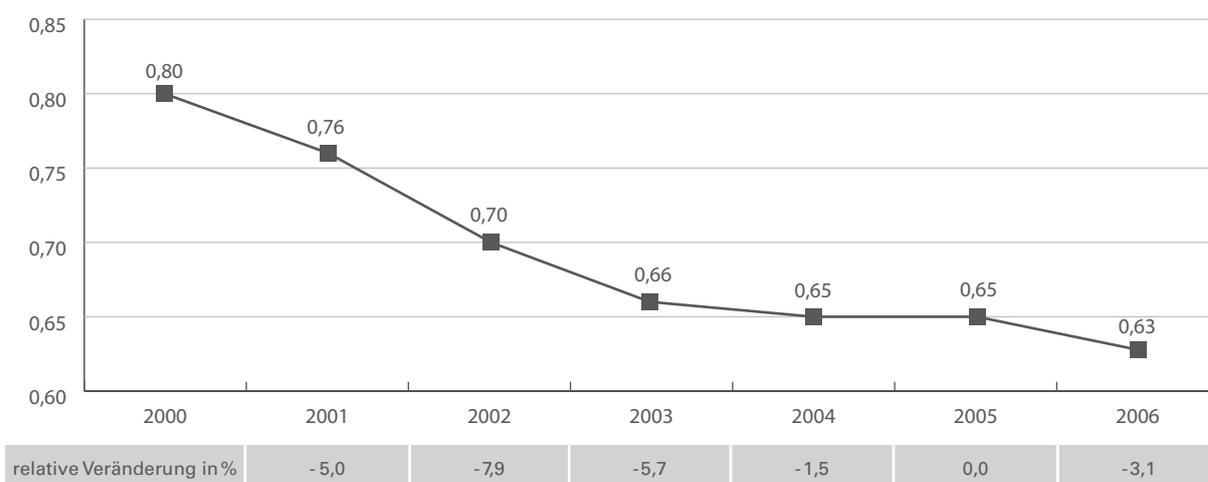
Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie eine Rückzahlung von Kostenerstattungen im Rahmen der Abwicklung der INTERREG-Programme.

Der Jahresüberschuss beträgt 5,9 Mio. € (Vj. 5,1 Mio. €). Der Gewährträgerversammlung wird vorgeschlagen, hiervon einen Betrag in Höhe von

4,9 Mio. € der Gewinnrücklage zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 1,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

Insgesamt bewegte sich die IB hinsichtlich ihrer Ergebnisziele innerhalb der in der Strategie formulierten Bandbreiten.

Abb. 5: Produktivitätsentwicklung 2000 bis 2006 (Cost-Income-Ratio)



In der Analyse des Geschäftsergebnisses wird als finanzieller Leistungsindikator insbesondere auf die Produktivitätsentwicklung, gemessen als Cost-Income-Ratio, abgestellt. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Mitteleinsatz bezogen auf 1,- € Bruttoertrag ist. Aufgrund der Besonderheiten in der sozialen Wohnraumförderung wird die Ermittlung dieser Kennzahl ohne die Daten aus diesem Geschäftsfeld ermittelt. Die Höhe der Veränderung dieser Kennziffer von einer Berichtsperiode zur

nächsten erlaubt die Aussage, in welchem Maß die Summe der Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2006 verbesserte sich die Cost-Income-Ratio auf 0,63 (Vj. 0,65). Dem relativen Anstieg der Erträge stand ein unterproportionaler Anstieg der Aufwendungen gegenüber.

3. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand der Kennzahl „Grundsatz II“ gem. § 11 KWG überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten. Die IB war im Jahr 2006 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Zur weiteren Darstellung des Liquiditätsmanagements verweisen wir auf Ziff. 6.4. Liquiditätsrisiken.

Die Refinanzierung des Aktivgeschäfts erfolgte im Wesentlichen mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein ist die Möglichkeit einer jederzeitigen

Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

Im Rahmen der aktiven Risikosteuerung wurden Teile des Kreditbestandes und des Neugeschäftes durch Swapgeschäfte zinsgesichert.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2006 um rd. 14% auf 11,1 Mrd. € (Vj. 9,7 Mrd. €) erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich insbesondere aufgrund des Neugeschäftes bei den Kommunalkrediten.

Im Rahmen der Treasurystrategie wurden in 2006 weitere Wertpapiere für den Anlagebestand der Bank gekauft. Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhten sich hierdurch. Erworbene Schuldscheindarlehen wurden entsprechend den Emittenten unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde eine stille Beteiligung an der Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) eingegangen. Dadurch erhöhten sich die ausgewiesenen Beteiligungen. Weiterhin wurden mit Wirkung zum 01.01.2007 die Anteile an der Projektgesellschaft Westküste mbH (24,75%) zum Buchwert veräußert.

Im Treuhandvermögen erfolgte insbesondere aufgrund des Neugeschäftes im Kommunalen Investitionsfonds (KIF) entgegen den Vorjahren ein Bestandsaufbau.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich in Folge der Abgrenzung von Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäftes erforderliche Refinanzierung. Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes erfolgte dabei im Wesentlichen mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Die passive Rechnungsabgrenzung reduzierte sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden Haushaltsmittel des Bundes und des Landes von insgesamt 7,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 12.06.2006 wurden aus dem Bilanzgewinn 2005 ein Betrag in Höhe von 4,6 Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt sowie ein Betrag von 0,5 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet. Zum 31.12.2006 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.025,6 Mio. € (Vj. 1.012,6 Mio. €) ausgewiesen. Dieses enthält einen Bilanzgewinn in Höhe von 5,9 Mio. € (Vj. 5,1 Mio. €).

Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen erhöhten sich aufgrund des Neugeschäftes im Bereich Wirtschaft.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

sind im Zeitraum nach dem 31.12.2006 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

Die Gesamtbanksteuerung der IB war wie in den Vorjahren geprägt durch die Verbesserung und den Ausbau eines aktiven Risikomanagements unter Berücksichtigung des Förderauftrages des Landes Schleswig-Holstein. Bankweit wurden an verschiedenen Stellen der Ausbau und die Optimierung des betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumentariums als Linienaufgabe sowie im Rahmen von Projekten fortgeführt. Die Fortentwicklung eines modernen Instrumentariums baut darauf auf, vorhandene Verfahren zu optimieren oder bei Bedarf durch methodisch aktuelle zu ersetzen.

Die überarbeitete Ausschuss-Struktur zielt auf eine weitere Verbesserung des Steuerungsinstrumentariums ab: Der ehemalige Kreditausschuss des Verwaltungsrates befasst sich nach seiner Umbenennung in einen Risikoausschuss nunmehr mit sämtlichen Risiken der Bank. Die internen Ausschüsse wurden den zeitgemäßen Erfordernissen entsprechend reorganisiert und unterstützen den Vorstand inhaltlich und personell spezifisch bei seiner Entscheidungsfindung.

6.1. Gesamtbankstrategie

In 2006 hat die Bank ihre Gesamtbankstrategie überarbeitet, die die bisherige Strategie mit einem Zeithorizont bis 2010 ablöst. Hierbei handelt es sich um eine rollierende Strategie, die jährlich aktualisiert wird. In den Strategiefindungsprozess werden auch zukünftig alle Bereiche der Bank eingebunden, die den Vorstand bezüglich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen bei der Festlegung der Strategien unterstützen.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen unterscheidet die Bank nach förderpolitischen und bankspezifischen Zielkategorien. Erstere leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z. B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen dienen, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, aber auch dem Erhalt einer intakten Umwelt.

Bei den bankbezogenen Zielen werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Planwerten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich

das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf. Bei Erreichung dieser bankbezogenen Ziele besteht die Möglichkeit, den förderpolitischen Anforderungen gerecht zu werden sowie erwartete und unerwartete Risiken abdecken und eine angemessene Ausschüttung vornehmen zu können.

Das Gesamtbankziel wird auf die einzelnen Bereiche heruntergebrochen („quantitative Unterziele“) und im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft. Neben den quantitativen Zielen gibt es für die einzelnen Bereiche auch qualitative Unterziele wie z. B. Erweiterung der Kundenbasis, Optimierung der Kundenbeziehung (Aufbau eines Customer-Relationship-Managements), Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte, Steigerung der Arbeitsqualität und -produktivität. Zur Erreichung der genannten Ziele werden von den einzelnen Bereichen spezifische Einzelstrategien wie z. B. die Vertriebs-, Personal-, IT- oder Treasurystrategie abgeleitet und kontinuierlich weiterentwickelt, die aggregiert der Erfüllung des Gesamtbankzieles dienen.

Vielfältige Maßnahmen, die insbesondere auch im Rahmen des Förderauftrages die Betrachtung von Chancen zum Inhalt haben, konkretisieren die Strategien und werden regelmäßig den Bedürfnissen

angepasst. Hierzu zählen vor allem die Kreation von neuen (Förder-) Produkten sowie die Antizipation sich ändernder Umfeldbedingungen wie z.B. der „Zinsstrukturkurve“ und eine entsprechende Reaktion hierauf.

Die Strategiekommission überwacht die Erfüllung der Ziel-, Strategie- und Maßnahmenvorgaben

sowie die Änderungen der Rahmenbedingungen und berichtet dem Vorstand.

Die Bank befindet sich mit dem in 2006 erreichten Betriebsergebnis vor Risikovorsorge innerhalb der bankbezogenen Zielbandbreiten und hat auch die förderpolitischen Ziele erfüllt.

6.2. Chancen und Risiken

Unter „Chance“ versteht die IB mögliche zukünftige Entwicklungen, die sich im Rahmen der Ziele der Bank direkt oder indirekt vorteilhaft auf die Förderaspekte, die Liquiditäts-, Vermögens- oder Ertragslage (unter Berücksichtigung von Aufwand und Risikovorsorge) auswirken. Das „Risiko“ stellt dagegen entsprechende nachteilige Entwicklungen dar.

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen wie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl

Eingang in eine Chancen- sowie in eine Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

In Ansehung der größeren Planungssicherheit für Annahmen für einen kürzeren Zeithorizont gegenüber solchen für einen längeren, gehen Chancen und Risiken im Rahmen der Einjahresplanung unter Berücksichtigung von Eintrittswahrscheinlichkeiten quantitativ in die Betriebsergebnisplanung ein. Für längerfristige Planungen werden abgestuft vermehrt vorsichtiger Annahmen unterstellt. Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungsprozesse.

6.3. Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den G.u.V-wirksamen Einflüssen der sonstigen Risikokategorien auch die Nettoeubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Nettoeubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall. In Zeiten, in denen die Nettoeubildung unterhalb des erwarteten Ausfalls liegt, dient der in dieser Periode nicht benötigte Teil des Betriebsergebnisses generell der Bildung von Vorsorge (HGB § 340 f) für die Geschäftsjahre, in denen die Nettoeubildung den erwarteten Ausfall übersteigt.

Beim Risiko werden die Risikokategorien Adresenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationelle Risiken unterschieden, für die jeweils Teilstrategien vorliegen. Das Risikomanagement wird als Oberbegriff für die Aufgabenstellungen Identifizierung, Messung, Überwachung, Berichtswesen und Steuerung von Risiken definiert. Die Risikosteuerung ist in das System der Gesamtbanksteuerung dergestalt eingebettet, dass die Entwicklungen von Ertrags- und Risikopotenzialen integriert betrachtet werden. Das Instrumentarium berücksichtigt sowohl betriebswirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Gesichtspunkte als auch die förderpolitischen Aspekte.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operationale und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, betrug im Geschäftsjahr 2006 das globale Risiko-limit unverändert 44 Mio. €, das sich in drei Unter-limite für Adressenrisiken (35 Mio. €), Marktpreis- risiken (5 Mio. €) und Liquiditäts- und operationelle Risiken (4 Mio. €) gliedert.

Die vom Vorstand für die Bank vorgegebenen Er- trags- und Rentabilitätsziele werden für die Orga- nisationseinheiten auf die internen Steuerungs- elemente wie die Deckungsbeitragsrechnungen übertragen. Die Leiter der einzelnen Organi- sationseinheiten sind für die Steuerung ihrer Ge- schäftsbereiche einschließlich der Risikosteuerung verantwortlich.

Der Bereich Controlling betreut zum größten Teil dieses stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risiko- messung und Limitüberwachung für Marktpreis- risiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. In seiner Risikoüber- wachungstätigkeit wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Ma- nagement der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risiken durch die Ex- pertise des Steuerungsausschusses unterstützt.

6.4. Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken werden mögliche Wertverluste verstanden, die durch den Ausfall bzw. Bonitätsverschlechterungen von Emittenten, Kontrahenten, Garanten, Beteiligungen und Län- dern entstehen können. Die IB steuert diese Risiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolio- ebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht unverändert ein Limit in Höhe von 35 Mio. €. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der

Entsprechend der bewusst begrenzten Treasuryak- tivitäten sind die Marktpreisrisiken von ver- gleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen nicht.

Der Prozess „Neuartige Produkte und neue Märk- te“ wird auf der Basis der laufenden Erfahrungen kontinuierlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben weiter optimiert und stellt durch seine Standardisierung und systematische Beteiligung aller relevanten Bereiche qualitätsgesicherte Inno- vationen organisatorisch sicher.

Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorien- tierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Groß- und Klumpenrisiken im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

Im Geschäftsjahr wurden in den Risikomanage- ment-spezifischen Projekten „Basel II“, „Interne Preiskalkulation“ und „MaRisk“ vielfältige Aktivi- täten zur Verfeinerung des Steuerungsinstru- mentariums entfaltet, die aufeinander abgestimmt die Feinsteuerung des Risikomanagements hinsicht- lich der Erträge, Risiken, Stückkosten und des Be- richtswesens weiter optimieren sollen.

Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit über- schritten.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existie- ren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar

gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist nahezu umgesetzt worden.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt ebenfalls auf Monatsbasis. Darüber hinaus werden Ad-hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken sind die Prozesse im originären Kreditgeschäft weiter optimiert worden und werden in dem jedem Mitarbeiter zugänglichen EDV-gestützten integrierten Kredit-handbuch dokumentiert. In den Kreditbereichen sind die aufbau- und ablauforganisatorischen Maßnahmen zur Risikoreduzierung und Bearbeitungsoptimierung in 2006 im Rahmen von Prozessanalysen initiiert worden.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment-Grade-Bereich; außerdem bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten im Rahmen einer Matrix.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgt im Vorstandsstab sowie im Controlling. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB grundsätzlich eine untergeordnete Rolle. Das Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet in der mit dem Gläubiger vereinbarten Währung erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken, deren Überwachung organisatorisch sichergestellt ist.

Im Geschäftsjahr 2006 schlagen sich die positive konjunkturelle Entwicklung und die zurückgehenden Insolvenzen im gewerblichen Bereich auch in der rückläufigen Risikovorsorge-Quote (siehe auch nachfolgende Tabelle) nieder. Der verglichen mit dem Vorjahr höhere absolute Betrag der Wertberichtigungen/Rückstellungen steht einem noch stärker gestiegenen Kreditvolumen gegenüber.

| Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. € | | EWB/Rst-Quote * | | Pauschalwertberichtigungen in Mio. € |
|--|------------|-----------------|------------|--------------------------------------|
| Vorjahr | 31.12.2006 | Vorjahr | 31.12.2006 | 31.12.2006 |
| 136,5 | 137,2 | 1,40 % | 1,21 % | 10,3 |

* bezogen auf das Kreditvolumen

6.5. Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden potenzielle Verluste verstanden, die aus möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen unserer Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken) entstehen können. Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiko sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivatengeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht, im Bereich Treasury durchgeführte Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner offener Positionen (micro hedge) als auch zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

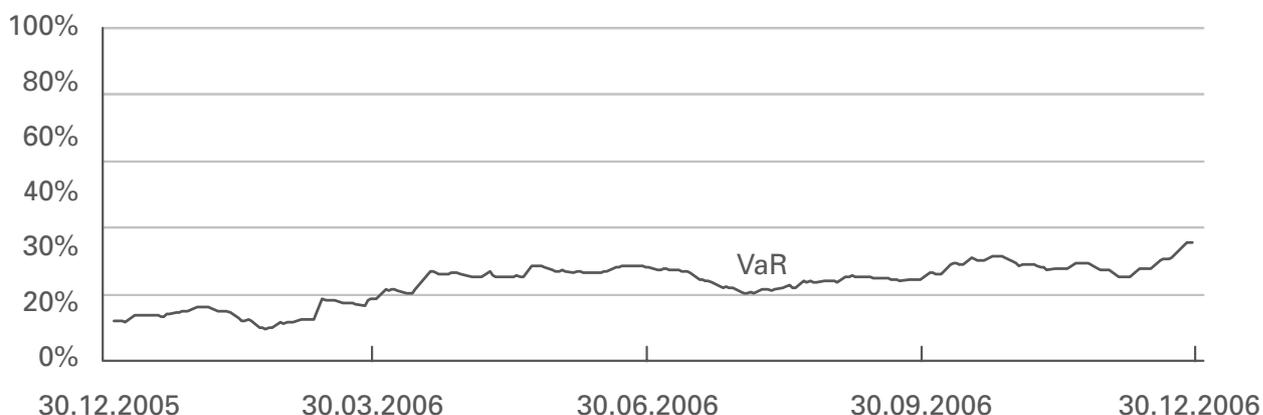
Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz); die IB verwendet hierbei ein barwert-

orientiertes Verfahren. Der Value at Risk stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Das Berechnungsverfahren ermittelt die mögliche Wertänderung, die bei einer eintägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% nicht überschritten würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 250 Handelstage verwendet. Die Risiken werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 5 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unternehmenssteuerung und das Treasury berichtet.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet, wie bisher, eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Abb. 6: Entwicklung der Value-at-Risk-Auslastung Marktpreisrisiko 2006 in %



Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt. Im Rahmen des Basel II Projekts werden das Management der Kündigungsrisiken systematisch auf sein Optimierungspotenzial untersucht und ggf. methodische und prozessuale Anpassungen entwickelt und eingeführt.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand ein Risikolimit vorgegeben, das im Berichtsjahr bei zurückhaltender Ausnutzung jederzeit eingehalten wurde. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Controlling an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Der Value at Risk betrug per 31.12.2006 1,78 Mio €. Die durchschnittliche VaR-Limitauslastung lag für die Risiken des Treasury bei 23,2%, bei einer Schwankungsbreite zwischen 9,7% (Tiefstwert) und 35,6% (Höchstwert). Das VaR-Limit wurde im Geschäftsjahr unverändert bei 5,0 Mio. € belassen.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 95%) von einem auf den nächsten Handelstag, dem VaR, und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von

250 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2006 lag die Anzahl der „Ausreißer“ wiederum im Rahmen der zulässigen Toleranz.

Die durchgeführte Worst-Case-Betrachtung basiert auf einer Veränderung des Konfidenzniveaus von 95% auf 99%. Die Simulationen ergaben, dass auch bei einem 99%- Konfidenzniveau das Risikodeckungspotenzial nicht überschritten wurde.

Daneben existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des IWF bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8% nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20% des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2006 jederzeit erfüllt.

Weiter verbessert wurde im Geschäftsjahr 2006 das Frühwarnsystem durch eine grundlegende Überarbeitung des Verfahrens „Extreme Marktpreisentwicklungen“ in methodischer wie prozessualer Hinsicht.

6.6. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko stellt für die Bank das Risiko dar, keine ausreichende Liquidität vorzuhalten und damit nicht in der Lage zu sein, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang nachzukommen. Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt.

Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss (früher: Dispositionsausschuss und Risikoausschuss) dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Grundsatz II) und betriebswirtschaftliche Risiken

werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht das Controlling. Der Koeffizient gemäß Grundsatz II (Liquiditätsgrundsatz) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) betrug zum 31.12.2006 1,69 (Vorjahr 2,78). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Das Management der Liquiditätsrisiken wird laufend einer kritischen Würdigung unterzogen und den aktuellen Erfordernissen entsprechend inhaltlich und prozessual angepasst.

6.7. Operationelle Risiken

Unter „Operationelle Risiken“ werden die Risiken direkter oder indirekter Verluste verstanden, die durch das Versagen oder die Unangemessenheit von Technologie, Organisation und Personal oder durch externe Einflüsse verursacht werden. Die IB beabsichtigt, die operationellen Risiken bei der zukünftigen Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz gemäß Basel II zu ermitteln. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken weiterhin fortlaufend verfeinert. Im Rahmen des laufenden Projekts „Basel II“ wird das Thema Operationelle Risiken grundlegend überarbeitet mit dem Ziel, Risiken und Schäden noch konsequenter mit verbesserten technischen Mitteln zu managen.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Datenqualität aufgrund systematischer Untersuchungen weiter angehoben. Aktualisierungen bestehender Anwendungen durch Softwareupdates führten regelmäßig auch

zur Reduzierung operationeller Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiter/Innen. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiter wurden im Zusammenhang mit verschiedenen Implementierungen (z.B. Pricing, Basel II) Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um die Qualifizierung auf den aktuellen Stand zu befördern.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen, der laufenden Anpassung der Vertragsdokumentationen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert wird.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Produkt- & Projektausschuss, dem auch der Vorstand angehört. Durch

gezielte individuelle Maßnahmen (z. B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB erwarten wir in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung.

In das Jahr 2007 ist die deutsche Wirtschaft mit Zuversicht gestartet. Dank starker Export- und Produktionszahlen zum Jahresende 2006 wird trotz Mehrwertsteuererhöhung ein anhaltendes Wirtschaftswachstum erwartet. Wirtschaftliche Risiken betreffen den weiteren Verlauf der Weltwirtschaft insbesondere vor dem Hintergrund der Sicherheit der Energieversorgung sowie der politischen Entwicklung im Nahen Osten und Nordkoreas.

Im Rahmen der Föderalismusreform ist durch Änderungen des Grundgesetzes (Gesetz vom 28.08.2006) und durch das Föderalismusreform-Begleitgesetz vom 05.09.2006 u. a. festgelegt worden, dass die gesetzliche Verantwortung für das Wohnungswesen ab dem 01.01.2007 überwiegend in die alleinige Zuständigkeit der Länder fällt. Bislang unterlag der Bereich „Wohnungswesen“ vollumfänglich der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes, von der er umfassend Gebrauch gemacht hat (z. B. durch das bundesrechtliche Wohnraumförderungsgesetz). Insofern ergeben sich für das Land Schleswig-Holstein und die Investitionsbank Schleswig-Holstein Auswirkungen, als dass das Land nunmehr ein eigenes Landeswohnraumförderungsgesetz schaffen kann. Das bundesrechtliche Wohnraumförderungsgesetz

gilt solange fort, bis der Landesgesetzgeber ein eigenes Landeswohnraumförderungsgesetz erlassen hat.

Für die Abwicklung von EU-kofinanzierten Förderprogrammen haben sich zum 01.01.2007 die rechtlichen Grundlagen geändert. Das geltende EU-Recht für die Strukturfonds – den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL) und das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) – wird mit Wirkung zum 01.01.2007 aufgehoben und von einem neuen Regelwerk abgelöst. Für die neue Förderperiode, die bis Ende 2013 läuft, haben sich die Europäische Kommission, der Ministerrat und das Europäische Parlament auf die Vereinfachung und Konzentration der neuen Förderinstrumente und Maßnahmen geeinigt. Ziel der neuen Förderperiode ist es, mit finanziellen Hilfen zur Beseitigung der strukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowohl europaweit als auch regional beizutragen. Den Schwerpunkt bilden dabei – sowohl inhaltlich als auch finanziell – die beiden Strukturfonds EFRE und ESF. Das neue Regelwerk ist für die Zukunft aller EU-kofinanzierten Förderprogramme von Bedeutung, die die IB derzeit verwaltet.

Die Arbeitsmarktförderung in Schleswig-Holstein ist neu konzipiert worden. Das neue aus dem Euro-

päischen Sozialfonds (ESF) mitfinanzierte Arbeitsmarktprogramm wird die Bezeichnung „Zukunftsprogramm Arbeit (ZP Arbeit)“ tragen und gemeinsam mit den Programmen „Wirtschaft“ sowie „Ländlicher Raum“ und „Fischerei“ unter dem „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ vereint. Für die Förderperiode 2007 bis 2013 wurden drei zentrale Handlungsfelder des ZP Arbeit festgelegt: Jugendliche, Beschäftigungsentwicklung und Arbeitsmarktintegration. Die Verordnung zum ESF legt dabei als Schwerpunkte die Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten, die Verbesserung des Humankapitals und die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen fest.

Bei den anderen Förderprogrammen erfolgt weiterhin eine Verschiebung von Zuschuss- zugunsten von Kreditprogrammen. In 2006 wurden Aufgabenübertragungsverträge zur Fortführung der bereits laufenden Förderprogramme „Biomasse und Energie“ und „Schleswig-Holstein Fonds – Teilbereich Energiewirtschaft“ über 4 Jahre bis zum 31.12.2009 abgeschlossen. Im Rahmen der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung wurde mit dem Sonderprogramm „Modernisierung von Vorhaben gewerblicher touristischer Unternehmen“ ein neues Förderprogramm mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2008 übernommen.

Die im Joint Programming Committee vertretenen EU-Anrainerstaaten im Ostseeraum sowie Norwegen, Russland und Weißrussland haben die IB im Mai 2006 mit dem Programmmanagement und damit mit der Wahrnehmung der Aufgabe als Managing und Certifying Authority (Verwaltungsbehörde und Zahlstelle) sowie Trägerin des Programmsekretariats in Rostock mit einer Außenstelle in Riga für die neue Programmperiode des „Baltic Sea Region Programms“ beauftragt. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Management des seit 2000 laufenden „Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood“ Programms kann die IB ihr Engagement als Förderbank des Ostseeraums auch für den nächste EU-Förderzeitraum bis 2013 – mit Endabwicklung bis 2015 – fortführen.

Im Jahr 2007 werden für die von der IB verwalteten INTERREG-Programme der abgelaufenen Programmperiode keine Bewerbungsrunden stattfinden. Hauptaufgabe wird der Abschluss der Vorbereitungen des neuen transnationalen Programms im Ostseeraum sein. Die erste Bewerbungsrunde der neuen Programmperiode ist für das zweite Halbjahr 2007 vorgesehen.

Als Nachfolgeprogramm des Ende 2008 auslaufenden INTERREG III C Nord-Programms wird es statt der bisherigen vier geographisch aufgeteilten Zonen nur noch ein europaweites Programm geben, das zentral gemanagt werden soll. Die IB hat sich hierfür nicht um die zentrale Verwaltungsstruktur beworben, sondern strebt einen regionalen Info-Point in Rostock an, der Bewerbern aus dem Ostseeraum Hilfestellung leisten soll.

Im Rahmen des „Schleswig-Holstein-Fonds“ ist die IB gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein, der MBG und verschiedenen Kreditinstituten an der Initiierung eines Mittelstandsfonds beteiligt. Ziel dieses Fonds ist es, die unverändert bestehenden Lücken in der Eigenkapitalversorgung in der mittelständischen Wirtschaft auch bezüglich größerer Beträge zu schließen.

Durch den ersatzlosen Wegfall der Eigenheimzulage hat die IB im Mengengeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung diejenigen Produkte eingebüßt, mit denen sie ein Alleinstellungsmerkmal begründete. Dies wird in den kommenden Jahren nur dadurch zu kompensieren sein, dass neue oder modifizierte Produkte in den Markt gebracht werden. Zudem werden wir verstärkt Vertriebspartner im Nicht-Bankensegment akquirieren.

Unserer Erwartung, nach dem Rückgang in 2006 wieder steigende Neugeschäftsvolumina zu erzielen, liegen darüber hinaus als Prämissen die uneingeschränkte Fortführung der Modernisierungs-/Sanierungsprogramme der KfW und in der sozialen Wohnraumförderung eine deutliche Verbesserung der Förderbedingungen sowie die Aufnahme der Förderung von Gebrauchtimmobilien zugrunde.

Im Individualgeschäft des Immobilienbereichs wird der Markt durch das vermehrte Auftreten von Beteiligungsgesellschaften beeinflusst, die andere Zielvorstellungen verfolgen als unsere traditionellen Partner aus der Wohnungswirtschaft. Dies wird in Zukunft unser Geschäft beeinflussen. Angesichts der Abhängigkeit des Vertriebsergebnisses von großen Projekten sowie der Unsicherheit, ob es gelingt, auch Beteiligungsgesellschaften als Kunden zu gewinnen, ist eine Prognose im Individualgeschäft schwierig. Insbesondere mit Blick auf die vermutlich auch zukünftig attraktiven Programme der KfW und der geplanten Modifikation der Landesförderung sehen wir dennoch für die kommenden Jahre Chancen einer moderaten Steigerung des Neugeschäftsvolumens in diesem Segment. Es ist geplant, alle Marktteilnehmer inkl. der Potenzialkunden systematisch anzusprechen und uns als Problemlöser zu profilieren.

In der Städtebauförderung stellt das Land Schleswig-Holstein im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds in den kommenden vier Jahren zusätzliche Mittel bereit. Diese richten sich an investive Einzelprojekte wie z. B. öffentliche Straßen, Wege und Plätze sowie die Errichtung sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Zwecken dienender Gebäude.

Im Bereich Kreditinstitute streben wir durch ein weiterhin hohes Niveau im Durchleitungsgeschäft sowie durch die Intensivierung in der Vergabe von Globaldarlehen ein weiteres Wachstum an, um auf diese Weise die heimische Wirtschaft und den Wohnungsbau zu stärken.

Im Hinblick auf unser Engagement an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NordwestLotto) ist festzustellen, dass sich das Unternehmen in einem derzeit unklaren rechtlichen Umfeld bewegt. Erster Auslöser hierfür war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu Sportwetten aus März 2006. Darin hatte das BVerfG das derzeitige staatliche Sportwettenmonopol für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende 2007 für

eine verfassungsgemäße Ausgestaltung zu sorgen oder aber den Markt stärker als bisher für private Anbieter zu öffnen. Die Bundesländer haben dies zum Anlass genommen, den geltenden Glücksspielstaatsvertrag umfassend zu überarbeiten. Dieser überarbeitete Glücksspielstaatsvertrag wurde im Dezember 2006 von allen Bundesländern mit Ausnahme Schleswig-Holsteins verabschiedet und soll nach Ratifizierung durch die Länder am 01.01.2008 in Kraft treten. Ob Schleswig-Holstein sich dem Staatsvertrag noch anschließen wird oder einen eigenen Weg im Lotterierecht beschreiten möchte, ist derzeit nicht absehbar. Würde sich Schleswig-Holstein dem neuen Staatsvertrag anschließen, hätte NordwestLotto gegenüber dem geltenden Recht deutliche Veränderungen hinzunehmen. So wäre beispielsweise der Internetvertrieb zukünftig untersagt, Werbemaßnahmen müssten zurückgefahren werden.

Hinzu kommt eine gegen alle im Deutschen Lotto- und Totoblock zusammengeschlossenen Landeslotteriegesellschaften gerichtete Verfügung des Bundeskartellamts (BKartA) aus August 2006. Das BKartA hat u. a. in der Beschränkung des Vertriebsgebietes jeder einzelnen Landeslotteriegesellschaft auf ihr Landesgebiet eine kartellrechtswidrige (Gebiets-) Absprache gesehen. Gegen diese für NordwestLotto negative und für private Glücksspielvermittler positive Entscheidung des BKartA haben die Landeslotteriegesellschaften Rechtsmittel eingelegt. Der Ausgang dieses Verfahrens ist derzeit ebenfalls nicht absehbar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass NordwestLotto aufgrund der vorgenannten Faktoren und der derzeit nicht absehbaren Entwicklung im deutschen Lotterierecht hinsichtlich ihrer Ertragsentwicklung einigen Unwägbarkeiten ausgesetzt ist, die sowohl Risiken als auch Chancen bieten.

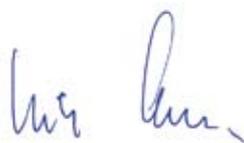
Im Rahmen der betrieblichen Entwicklung sind für 2007 Investitionen in Folge der Umsetzung der Anforderungen aus „Basel II“ sowie in neue und bestehende Soft- und Hardware geplant. Die derzeitig eingesetzten IT-Anwendungen aus den noch bestehenden Verflechtungen mit dem Nord/LB-Kooperationsverbund sowie mit der FinanzIT berücksichtigen die Anforderungen einer Förderbank nur unzureichend. Bei förderspezifischen Anwendungen hat die IB derzeit den Status eines Eigenentwicklers. Aufgrund dieser Alleinstellung sowie der allgemeinen Kostenentwicklung im Nord/LB-Verbund und bei der FinanzIT müssen Kooperationsmöglichkeiten im Kreis der anderen Förderbanken gesucht werden, um mittelfristig ein Kostensenkungspotenzial zu erschließen. Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand eine Richtungsentscheidung zur Einführung von SAP/ABAKUS getroffen.

Die permanente Personalentwicklung bleibt für uns eine Investition in die Zukunft. Im Jahr 2007 werden turnusgemäß bankweit Personalentwicklungstage durchgeführt. Hieraus wird für jeden Mitarbeiter ein individueller Entwicklungsplan für den Zeitraum von zwei Jahren verbindlich festgelegt.

Im Rahmen der Initiative „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ werden wir in 2007 als Erweiterung der bereits bestehenden Angebote in Zusammenarbeit mit dem Familienservice eine Notfallunterbringung von Kindern anbieten.

Im Prognosezeitraum erwarten wir im Kreditgeschäft eine weiterhin positive Ertragsentwicklung. Wir gehen davon aus, Ergebnisse vor Risikovor-sorge/Bewertung und Sondereffekten innerhalb der in unserer Strategie formulierten Bandbreiten zu erzielen, sofern es nicht bei den geschilderten schwierigen Kapitalmarktbedingungen bleibt. Trotz dieser Unsicherheiten erwarten wir insgesamt, Jahresüberschüsse auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres zu erzielen.

Kiel, 01.06.2007



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave



Ausschnitt aus „Ecoforum Rendsburg Gästebeflagung“ von Tobias Duwe, Öl auf Leinwand, 60 x 60 cm

Bilanz

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006

| Aktiva | € | € | € | Vorjahr € |
|--|----------------------------|------------------|--------------------------|-------------------------|
| 1. Barreserve | | | | |
| a) Kassenbestand | | 897,24 | | 1.408,40 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | | 994.641,96 | | 4.548.920,34 |
| darunter: | | | 995.539,20 | 4.550.328,74 |
| bei der Deutschen Bundesbank | 994.641,96 | | | |
| | (Vorjahr 4.548.920,34) | | | |
| 2. Forderungen an Kreditinstitute | | | | |
| a) täglich fällig | | 43.173.661,63 | | 67.461.619,48 |
| b) andere Forderungen | | 2.483.455.927,39 | | 2.246.430.792,65 |
| | | | 2.526.629.589,02 | 2.313.892.412,13 |
| 3. Forderungen an Kunden | | | 6.435.405.564,86 | 5.919.744.914,51 |
| darunter: | | | | |
| durch Grundpfandrechte gesichert | 8.598.388,97 | | | |
| | (Vorjahr 10.319.475,81) | | | |
| Kommunalkredite | 2.022.754.985,91 | | | |
| | (Vorjahr 1.532.935.816,19) | | | |
| durch Schiffspfandrechte gesichert | 0,00 | | | |
| | (Vorjahr 0,00) | | | |
| 4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | |
| a) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | |
| aa) von anderen Emittenten | | 1.083.473.833,39 | | |
| darunter: | | | 1.083.473.833,39 | 489.971.273,01 |
| beleihbar bei der Deutsche Bundesbank | 1.083.473.833,39 | | | |
| | (Vorjahr 489.971.273,01) | | | |
| 5. Beteiligungen | | | 6.433.452,13 | 1.928.465,13 |
| 6. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | 60.124.361,90 | 60.124.361,90 |
| 7. Treuhandvermögen | | 928.209.313,75 | | |
| darunter: | | | 928.209.313,75 | 891.061.204,65 |
| Treuhandkredite | 919.019.231,96 | | | |
| | (Vorjahr 879.198.185,85) | | | |
| 8. Immaterielle Anlagewerte | | | 1.611.514,80 | 1.201.593,00 |
| 9. Sachanlagen | | | 10.385.598,53 | 10.232.370,23 |
| 10. Sonstige Vermögensgegenstände | | | 5.594.550,87 | 6.073.073,47 |
| 11. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 13.237.418,59 | 9.558.468,73 |
| Summe der Aktiva | | | 11.072.100.737,04 | 9.708.338.465,50 |

| Passiva | | | | |
|--|--------------------------|------------------|--------------------------|-------------------------|
| | € | € | € | Vorjahr € |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| a) täglich fällig | | 258.547.923,11 | | 93.737.158,93 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit | | 7.165.157.764,99 | | 6.013.083.052,24 |
| | | | 7.423.705.688,10 | 6.106.820.211,17 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| a) täglich fällig | | 45.022.573,41 | | 61.523.686,28 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit | | 188.681.771,15 | | 142.530.075,49 |
| | | | 233.704.344,56 | 204.053.761,77 |
| 3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger | | | 407.271.055,99 | 426.758.293,26 |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | 928.209.313,75 | | |
| darunter: | | | 928.209.313,75 | 891.061.204,65 |
| Treuhandkredite | 919.019.231,96 | | | |
| | (Vorjahr 879.198.185,85) | | | |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | 5.493.230,27 | 5.344.441,23 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 115.134.148,67 | 128.757.729,98 |
| 7. Rückstellungen | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 29.285.062,00 | | 26.416.497,00 |
| b) andere Rückstellungen | | 10.747.533,13 | | 13.427.356,00 |
| | | | 40.032.595,13 | 39.843.853,00 |
| 8. Fonds für Zinsausgleich | | | 892.924.625,46 | 893.147.625,46 |
| 9. Eigenkapital | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | 100.000.000,00 | | 100.000.000,00 |
| b) Kapitalrücklage | | 905.264.026,87 | | 897.598.050,99 |
| c) Gewinnrücklagen | | 14.453.293,99 | | 9.853.293,99 |
| d) Bilanzgewinn | | 5.908.414,25 | | 5.100.000,00 |
| | | | 1.025.625.735,11 | 1.012.551.344,98 |
| Summe der Passiva | | | 11.072.100.737,04 | 9.708.338.465,50 |
| Eventualverbindlichkeiten | | | | |
| a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | 369.651.077,16 | 178.902.860,46 |
| b) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | | 389.003.569,96 | 390.503.060,76 |

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

| | € | € | € | € | Vorjahr € |
|--|------------------------|----------------|----------------|---------------|----------------|
| 1. Zinserträge aus | | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | 375.368.772,04 | | | 315.748.093,92 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | 28.787.785,62 | | | 13.772.784,00 |
| | | | 404.156.557,66 | | 329.520.877,92 |
| 2. Zinsaufwendungen | | | 344.868.452,90 | | 271.057.686,91 |
| | | | | 59.288.104,76 | 58.463.191,01 |
| 3. Laufende Erträge aus | | | | | |
| a) Beteiligungen | | | | 1.152,00 | 1.152,00 |
| b) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | | | 4.984.613,37 | 3.370.000,00 |
| 4. Provisionserträge | | | 12.102.651,00 | | 11.164.672,99 |
| 5. Provisionsaufwendungen | | | 9.623.439,99 | | 8.518.094,01 |
| | | | | 2.479.211,01 | 2.646.578,98 |
| 6. Sonstige betriebliche Erträge | | | | 7.100.417,90 | 5.616.071,04 |
| 7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | | 19.448.622,96 | | | 19.903.969,81 |
| ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung | | 7.964.161,73 | | | 5.203.482,21 |
| darunter: | | | 27.412.784,69 | | 25.107.452,02 |
| für Altersversorgung | 4.367.838,13 | | | | |
| | (Vorjahr 1.666.872,24) | | | | |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | | 12.572.889,99 | | 12.528.411,32 |
| | | | | 39.985.674,68 | 37.635.863,34 |
| 8. Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | | 1.605.492,97 | 1.324.065,88 |
| 9. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | | 574.748,68 | 330.900,81 |
| 10. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | | 25.822.369,19 | 28.460.808,93 |
| 11. Erträge aus Zuschreibungen zu Betei- ligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | | 59.322,00 | 2.768.133,59 |
| 12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | | 5.924.535,52 | 5.113.487,66 |
| 13. Sonstige Steuern | | | | 16.121,27 | 13.487,66 |
| 14. Jahresüberschuss | | | | 5.908.414,25 | 5.100.000,00 |
| 15. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr | | | | 0,00 | 0,00 |
| 16. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen | | | | 0,00 | 0,00 |
| 17. Bilanzgewinn | | | | 5.908.414,25 | 5.100.000,00 |

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein und unterstützt das Land bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in der Regel in Schleswig-Holstein.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet.

Agien und Disagien werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht.

Bei Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von Mio. € 831,9 (Vj. Mio. € 286,5) und einem beizulegenden Zeitwert von Mio. € 824,9 (Vj. Mio. € 285,6) wird unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten im Berichtsjahr nicht verschlechtert hat.

Die Bank hält Schuldscheindarlehen mit einem Nominalwert von Mio. € 568,4 (Vj. Mio. € 428,5) als Liquiditätsreserve im Bestand.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

In 2006 wurde die Nutzungsdauer für die immateriellen Anlagenwerte mit der Verlängerung von drei auf fünf Jahre an die steuerlichen Vorschriften angepasst. Diese Änderung tritt für alle Neuschaffungen ab dem 01.01.2006 in Kraft, der Altbestand wird weiterhin nach den bisherigen Regelungen abgeschrieben.

Unter „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31.12.2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die im Zweckvermögen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet. Erstmals wird dabei ein Zinssatz von 5,5% angewendet (Vj. 6,0%). Der dadurch entstandene Mehraufwand beläuft sich auf Mio. € 1,7. Es kommen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zur Anwendung.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank macht Gebrauch von der Schutzklausel gemäß § 286 Absatz 4 HGB.

Nach Vorlage des Prüfungsberichtes hat die Bank Anpassungen in den Zinsabgrenzungen vorgenommen, die sich im Ergebnis nicht auf den Jahresüberschuss auswirkten.

Derivative Geschäfte

Die Bank hat Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung einzelner Positionen wie auch der Gesamtzinsposition abgeschlossen. Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Das Derivategeschäft der Investitionsbank wurde im Berichtsjahr weiter ausgeweitet. Die Bank hat sich dabei auf den Abschluss von Zinsswaps beschränkt. Zum Jahresende hat die Bank Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von Mio. € 2.899,3 (Vj. Mio. € 2.006,4) im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land

abgeschlossen. Der überwiegende Teil des Bestandes Mio. € 2.085,8 (Vj. Mio. € 1.594,4) hat eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Nach der Laufzeitmethode (§ 11 Grundsatz I) entspricht diesem Nominalvolumen ein Kreditäquivalent von Mio. € 221,9 (Vj. Mio. € 172,0).

Die Bewertung zum Jahresende nach der mark to market-Methode hat für diesen Bestand positive Marktwerte in Höhe von Mio. € 61,1 (Vj. Mio. € 94,5) und negative Marktwerte in Höhe von Mio. € 27,0 (Vj. Mio. € 24,9) ergeben.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

| Angaben zu Bilanzaktiva | 31.12.2006 Mio. € | 31.12.2005 Mio. € |
|--|----------------------|----------------------|
| Aufgliederung nach Restlaufzeiten | | |
| Die Bilanzaktiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf: | | |
| ▶ andere Forderungen an Kreditinstitute | | |
| ▶ weniger als 3 Monate | 101,8 | 224,8 |
| ▶ 3 Monate bis 1 Jahr | 103,5 | 74,6 |
| ▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 817,8 | 604,4 |
| ▶ mehr als 5 Jahre | 1.460,4 | 1.342,6 |
| ▶ Forderungen an Kunden | | |
| ▶ weniger als 3 Monate | 205,4 | 203,3 |
| ▶ 3 Monate bis 1 Jahr | 151,3 | 142,8 |
| ▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 1.104,0 | 999,8 |
| ▶ mehr als 5 Jahre | 4.974,7 | 4.573,8 |
| ▶ darunter mit unbestimmter Laufzeit | 189,9 | 97,9 |
| Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | |
| In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten: | 43,1 | 44,4 |
| Verbundene Unternehmen | | |
| In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten: | 5,0 | 3,4 |
| Nachrangige Forderungen | | |
| Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in: | | |
| ▶ Forderungen an Kreditinstitute | 50,1 | 10,1 |
| ▶ Forderungen an Kunden | 29,5 | 24,8 |
| ▶ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 40,2 | 30,1 |
| Angaben zur Wertpapierposition | | |
| Im Bestand befindliche Wertpapiere sind folgendermaßen zuzuordnen: | | |
| ▶ von anderen Emittenten | 1.083,5 | 490,0 |
| Darunter: | | |
| ▶ börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen | 1.083,5 | 490,0 |
| ▶ nicht börsennotierte, aber börsenfähige Anleihen und Schuldverschreibungen | 0,0 | 0,0 |
| ▶ im Folgejahr fällig | 195,2 | 240,7 |

| Angaben zu Bilanzaktiva | 31.12.2006 Mio. € | 31.12.2005 Mio. € |
|---|----------------------|----------------------|
| Treuhandvermögen | | |
| Das Treuhandvermögen betrifft: | | |
| ▶ Forderungen an Kreditinstitute | | |
| ▶ täglich fällig | 9,2 | 11,2 |
| ▶ andere Forderungen | 0,0 | 0,0 |
| ▶ Forderungen an Kunden | 919,1 | 879,9 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | | |
| In dem Ausweis sind enthalten: | | |
| ▶ Anzahlungen auf erworbene Forderungen | 3,6 | 4,6 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | | |
| In dem Ausweis sind enthalten: | | |
| ▶ aus Agioabgrenzung | 12,9 | 9,1 |
| ▶ aus Disagioabgrenzung | 0,1 | 0,1 |

Anlagevermögen

| | Immaterielle Anlagewerte | Betriebs- und Ge- schäftsausstattung | Grundstücke und Gebäude | Darunter: eigegenutzte Grundstücke und Gebäude Mio € |
|---------------------------|-----------------------------|---|----------------------------|--|
| | Mio € | Mio € | Mio € | Mio € |
| Hist. Anschaffungskosten | 2,0 | 4,4 | 8,2 | 8,1 |
| Zugänge | 0,9 | 0,8 | 0,4 | 0,4 |
| Umgliederung | 0,0 | 0,2 | -0,2 | -0,2 |
| Zuschreibungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Abschreibungen, kumuliert | 1,3 | 2,8 | 0,7 | 0,7 |
| Abschreibungen, lfd. Jahr | 0,6 | 0,8 | 0,2 | 0,2 |
| Buchwert 31.12.2006 | 1,6 | 2,6 | 7,7 | 7,6 |

Finanzanlagen

| | Beteiligungen | Anteile an verbundenen Unternehmen | Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾ |
|---------------------|---------------|--|--|
| | Mio € | Mio € | Mio € |
| Buchwert 01.01.2006 | 1,9 | 60,1 | 485,1 |
| Zugänge | 4,5 | 0,0 | 858,8 |
| Zuschreibungen | 0,0 | 0,0 | 0,3 |
| Abschreibungen | 0,0 | 0,0 | 0,6 |
| Abgänge | T€ 7 | 0,0 | 269,9 |
| Buchwert 31.12.2006 | 6,4 | 60,1 | 1.073,7 |

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet Zinsabgrenzungen in Höhe von 9,7 Mio. €.

| Angaben zu Bilanzpassiva | 31.12.2006 Mio. € | 31.12.2005 Mio. € |
|---|----------------------|----------------------|
| Aufgliederung nach Restlaufzeiten | | |
| Die Bilanzpassiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf: | | |
| ▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | |
| ▶ weniger als 3 Monate | 206,2 | 189,1 |
| ▶ 3 Monate bis 1 Jahr | 169,4 | 419,2 |
| ▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 1.820,3 | 1.190,2 |
| ▶ mehr als 5 Jahre | 4.969,3 | 4.214,6 |
| ▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | |
| ▶ weniger als 3 Monate | 43,5 | 82,3 |
| ▶ 3 Monate bis 1 Jahr | 0,0 | 0,0 |
| ▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 5,2 | 0,2 |
| ▶ mehr als 5 Jahre | 140,0 | 60,0 |
| Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten | | |
| Die Bundesschuld gliedert sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf: | | |
| ▶ weniger als 3 Monate | 9,8 | 12,5 |
| ▶ 3 Monate bis 1 Jahr | 8,8 | 9,7 |
| ▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 68,1 | 81,8 |
| ▶ mehr als 5 Jahre | 320,5 | 322,8 |
| Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände | | |
| Es wurden Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten abgetreten: | 515,1 | 588,4 |
| Verpfändung von Wertpapieren an die Deutsche Bundesbank: | 10,2 | 80,0 |
| Treuhandverbindlichkeiten | | |
| Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen: | | |
| ▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | |
| ▶ täglich fällig | 1,1 | 1,3 |
| ▶ andere Verbindlichkeiten | 79,8 | 87,2 |
| ▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | |
| ▶ täglich fällig | T€ 2,5 | 0,0 |
| ▶ andere Verbindlichkeiten | 847,3 | 802,6 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | | |
| In dem Ausweis sind enthalten: | | |
| ▶ Verbindlichkeiten aus Zuschussgewährung EFRE-Fonds | 3,6 | 3,8 |
| ▶ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 1,2 | 1,0 |

| Angaben zu Bilanzpassiva | 31.12.2006 Mio. € | 31.12.2005 Mio. € |
|---|----------------------|----------------------|
| Rechnungsabgrenzungsposten | | |
| In dem Ausweis sind enthalten: | | |
| ▶ aus Disagioabgrenzung | 75,4 | 84,6 |
| ▶ aus Forderungsankauf zum Barwert | 32,7 | 35,5 |
| ▶ aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen | 1,2 | 3,1 |
| Eventualverbindlichkeiten | | |
| Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften. | 369,7 | 178,9 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | | |
| Es bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen. | 389,0 | 390,5 |

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

| | Weiblich | Männlich | insgesamt | Vorjahr |
|-----------------------------|----------|----------|-----------|---------|
| Beschäftigte | 225 | 170 | 395 | 394 |
| davon: Teilzeitbeschäftigte | 84 | 7 | 91 | 113 |

Kredite an Mitglieder der Organe

| | 31.12.2006 Mio. € | 31.12.2005 Mio. € |
|---|----------------------|----------------------|
| ▶ Vorstand | 0,3 | 0,3 |
| ▶ Verwaltungsrat | 0,3 | 0,3 |
| Sämtliche Kredite wurden zu marktüblichen Bedingungen vergeben. | | |

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

| | Eigenkapital in T€ ¹⁾²⁾ | Anteil am Kapital in v.H. | Davon: Ergebnis in T€ ²⁾ |
|--|------------------------------------|---------------------------|-------------------------------------|
| Projektgesellschaft Westküste mbH, Tönning | 26 | 24,75 | 0 |
| Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe | 21.101 | 24,0 | -1.061 |
| NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel | 25 | 100,0 | 2 |
| NordwestLotto Schleswig-Holstein, GmbH & Co. KG, Kiel | 3.961 | 100,0 | 3.535 |

Anmerkung:

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Vorjahreszahlen

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Vorsitzender

Lutz Koopmann, Altenholz

Dr. Heinz Engelhaupt, Kiel (bis 30.06.06)

Dr. Klaus Rave, Kronshagen

Gewährträgerversammlung

Bestellte Mitglieder

Vorsitzender

Rainer Wiegard,
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Stellvertretender Vorsitzender

Dietrich Austermann,
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Ralf Stegner,
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Uwe Döring,
Minister für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Arne Wulff,
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Karin Wiedemann,
Staatssekretärin im Ministerium für
Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz,
Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Peter Nissen,
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 28.06.06)

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer, Staatssekretär im
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel (ab 29.06.06)

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Dr. Arne Wulff,

Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreterin des Vorsitzenden

Karin Wiedemann,

Staatssekretärin im Ministerium für
Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden

Ulrich Lorenz,

Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Peter Nissen,

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 28.06.06)

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser,

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
(ab 29.06.06)

Dr. Hellmut Körner,

Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius,

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps,

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Landesverbände, Kiel

Wolf-Rüdiger Janzen,

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Indus-
trie- und Handelskammern, Kiel (bis 30.04.06)

Dr. Jörn Biel,

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Indus-
trie- und Handelskammern, Kiel (ab 01.05.06)

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel

Axel Barkow, Trappenkamp

Patricia Friedrichs, Kiel

Knuth Lausen, Kiel

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Lutz Koopmann

Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische
Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH
Lorentzendam 21, 24103 Kiel

Thyen, Theilen & Partner AG Steuer-Beratungsge-
sellschaft, Rathausplatz 15, 24937 Flensburg

Dr. Heinz Engelhaupt

(bis 30.06.06)

Thomas Concrete Group AB

Göteborg, Schweden

Dr. Klaus Rave

Energie Systeme Nord GmbH

Ingenieurunternehmen für Energie und
Umwelttechnik

Lise-Meitner-Straße 25-29, 24223 Raisdorf

RePower-Systems AG

Flughafenstr. 54, 22355 Hamburg (bis 30.05.06)

Kiel, den 1. Juni 2007

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Klaus Rave

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den geänderten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den geänderten Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen des IBG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend

auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der geänderte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des IBG und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der geänderte Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 3. April 2007/4. Juni 2007

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Martens)
Wirtschaftsprüfer

(Schlüter)
Wirtschaftsprüfer



Ausschnitt aus „Auf dem roten Teppich“ von Brigitta Borchert, 29 x 21 cm



Impressum

Herausgegeben von
der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon 04 31/9905 - 34 48
oder 04 31/ 9905 - 34 81

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Druck

Druckzentrum AC Ehlers

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Postfach 1128
24100 Kiel
Fleethörn 29–31
24103 Kiel

Tel. 04 31 / 99 05 - 0
Fax 04 31 / 99 05 - 33 83
info@ib-sh.de
www.ib-sh.de



IB.Büros

Flensburg

Friesische Straße 1–9
Tel. 04 61 / 14 48 60

Husum

Rote Pforte 10
Tel. 04 841 / 87 20 03

Kiel

Fleethörn 29–31
Tel. 04 31 / 99 05-0

Itzehoe

Hanseatenplatz 5
Tel. 04 821 / 6 77 70

Lübeck

Fackenburger Allee 2
Tel. 04 51 / 79 98 60

Neumünster

Großflecken 26
Tel. 04 321 / 48 88 30

Norderstedt

Rathausallee 31
Tel. 04 0 / 5 26 83 00

Rendsburg

Jungfernstieg 25
Tel. 04 331 / 12 25 44

Ahrensburg

Beimoorkamp 6
Tel. 04 102 / 45 82 33

Schleswig

Michaelisstraße/
Carstengang 2
Tel. 04 621 / 98 97 71

Elmshorn

Ramskamp 71–75
Tel. 04 121 / 47 15 50

Schwarzenbek

(Rathaus)
Ritter-Wulf Platz 1
Tel. 04 151 / 89 43 90

Eutin

Königstraße 2
Tel. 04 521 / 77 46 38

Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Rostock

Grubenstraße 20
Tel. 03 81 / 4 54 84 52 81

LV-Riga

(in Kooperation mit
der State Regional
Development Agency,
Lettland)
Elizabetes iela 19
Tel. +371 735 7368

B-Brüssel

50, Rue Wiertz
Tel. +32 22 30 72 24



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. 0431/9905-0

www.ib-sh.de